

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement: Preis pränumerando
vierteljährlich 2,50 RM., monatlich 1,10 RM.,
wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sozialpolitische Kolonien-
zeile oder deren Raum 60 Pf., für
politische und gesellschaftliche Berichte
und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das festgedruckte
Wort 20 Pf. (zulässig 2 festgedruckte
Wörter), jedes weitere Wort 10 Pf.,
Stellenangebote und Stellenanzeigen
das erste Wort 10 Pf., jedes
weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte. Anzeigen
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 17. Dezember 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Englische Küstenplätze von deutschen Kriegsschiffen beschossen
Fortschritte der deutsch-österreichischen Offensive in Polen.

Eine Aktion der deutschen Flotte gegen die englische Küste.

Berlin, 16. Dezember. Amtlich. (W. L. B.)
Teile unserer Hochseestreitkräfte haben einen
Vorstoß nach der englischen Ostküste gemacht
und am 16. Dezember früh die beiden befestigten
Küstenplätze Scarborough und Hartlepool be-
schossen. Ueber den weiteren Verlauf der
Unternehmung können zurzeit noch keine Mit-
teilungen gemacht werden.

Der Chef des Admiralstabes.
(gez.): v. Pohl.

Amsterdam, 16. Dezember. (Privattele-
gramm des „Vorwärts“.)
Reuterbureau meldet: Am
Morgen wurden die Behörden von Scarborough von
einem bevorstehenden Angriff auf die Küste benachrichtigt.
Die Verteidigung wurde sogleich sorgfältig vorbereitet, die
Artillerie und Infanterie besetzten ihre angewiesenen Posten.
Als das Bombardement begann, lag dichter Nebel. Viele
Frauen und Kinder sind im Nachtgewand geflüchtet. Es
explodierten ungefähr 50 Granaten. Zwei Kirchen wurden
beschädigt und viele Dächer durchgeschlagen. Der Kriegs-
minister teilt mit, daß das Bombardement auf Scar-
borough und Whitby von einem kleinen Schiff durch-
geführt wurde.

Bedeutungsvoller war der Angriff auf Hartlepool.
Das Newscaster „Evening Chronicle“ meldet die Teilnahme
von drei Kreuzern, die sofort von vier Torpedojägern ange-
griffen wurden. Der Kommandant der Westforts von Hartle-
pool gibt den Beginn des Abzuges auf 8 bis 9 Uhr an. Der
„Vloeds“ teilt mit, daß der angerichtete Schaden sehr ansehnlich
sei. Eine Granate soll einen Gasbehälter entzündet haben. Nach
einem Gerücht sind 9 tote in der Stadt zu verzeichnen. Die
Abtei Whitby ist teilweise vernichtet. Die Artillerie ver-
schwanden in nordöstlicher Richtung.

Scarborough liegt in der Grafschaft York an der
Ostküste Englands und hat ungefähr 40 000 Einwohner. Es
ist ein bekanntes englisches Seebad an der felsigen Nordsee-
küste. Es ist Station der Linie York-Whitby der North-
Eastern-Bahn; die Hauptbeschäftigung der Einwohner ist
Schiffahrt und Fischerei.

Whitby ist eine ebenfalls in der Grafschaft York ge-
legene Hafenstadt mit Seebad mit über 12 000 Einwohnern.
Es enthält die Ruinen einer um das Jahr 650 gegründeten
Abtei. In Whitby wird besonders Heringsfischerei getrieben.
Hartlepool liegt in der Grafschaft Durham, nördlich
der Mündung des Tees, am nördlichsten Punkte der Teesbahn.
Die Stadt hat ungefähr 25 000 Einwohner. Der Hafen ist
sehr günstig gelegen und ist mit großen Docks und Schiffs-
werften versehen. Etwa 4 Kilometer von Hartlepool entfernt
liegt West-Hartlepool mit über 65 000 Einwohnern.
Auch hier wird besonders Schiffsbau und Fischerei getrieben.
Beide Orte sind auch Seebäder.

Westlicher Kriegsschauplatz.
Französischer Tagesbericht.

Paris, 15. Dezember. (W. L. B.) Amtlicher Bericht.
8 Uhr nachmittags. Zwischen dem Meer und der Lys nahmen die
Engländer ein kleines Geschloß westlich von Wytschaete ein.
Wir behaupteten das gestern gewonnene Terrain trotz eines heftigen
Gegenangriffs des Feindes. Zwischen der belgischen Grenze und der
Somme ist nichts vorgefallen. Zwischen der Somme und den
Argonnen zeitweilig aussehende Kanonaden von geringer Intensität.
In den Argonnen machten wir einige Fortschritte und behaupteten

Die Meldung des Großen Hauptquartiers

Amtlich. Großes Hauptquartier, den
16. Dezember 1914, vormittags. (W. L. B.)
Im Westen versuchte der Gegner erneut
einen Vorstoß über Neuport, der durch Feuer
seiner Schiffe von See her unterstützt wurde.
Das Feuer blieb gänzlich wirkungslos. Der
Angriff wurde abgewiesen, 450 Franzosen wur-
den zu Gefangenen gemacht.

Auf der übrigen Front ist nur die Er-
stürmung einer vom Feinde seit vorgestern zäh
gehaltenen Höhe westlich Sennheim erwähnens-
wert.

Von der ostpreussischen Grenze ist nichts
Neues zu melden. In Nordpolen verlaufen
unsere Angriffsbewegungen normal. Es wur-
den mehrere starke Stützpunkte des Feindes ge-
nommen und dabei etwa dreitausend Gefangene
gemacht und vier Maschinengewehre erbeutet.

In Südpolen gewannen unsere dort im Ver-
ein mit den Verbündeten kämpfenden Truppen
Boden.
Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 16. Dezember. (W. L. B.) Amtlich wird ver-
lautbart 16. Dezember mittags:

In Galizien und Südpolen wird der zurück-
gehende Feind auf der ganzen Front verfolgt. Bei Lisko,
Krosno, Jaslo und im Dzialatale leisten starke russische Kräfte
Widerstand. Im Dunajestale drangen unsere Truppen
kämpfend bis Zalkicyn vor, auch Podunia ist wieder von uns
genommen.

In Südpolen mußten die feindlichen Nachhut-
en überall nach kurzem Kampfe vor den Verbündeten weichen.

In den Karpaten haben die Russen die Vorrückung
im Latorzatalle noch nicht aufgegeben. Im oberen Tale der
Radwornaer-Bystrzyca wurde ein Angriff des Feindes zurück-
gewiesen.

Die Besatzung von Przemysl unternahm einen neuer-
lichen großen Anfall, bei dem sich ungarische Landwehr
durch Erstürmung eines Stützpunktes mit Drahthindernissen
auszeichnete. Die gewöhnlich wurden Gefangene und er-
beutete Maschinengewehre in die Festung gebracht.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
von Hocjer, Generalmajor.

die Fortschritte vom Vortage. In den Bogenen wurde der Bahnhof
von Saint Leonard auf weite Entfernung heftig beschossen. Im
Elsass war die Artillerie des Feindes sehr tätig. Außer in Stein-
bach, wo ein Angriff der deutschen Infanterie zu-
fassen konnte, behaupteten wir überall die früheren Fort-
schritte.

Die französische Presse kritisiert militärische
Maßnahmen.

Paris, 15. Dezember. (W. L. B.) Die letzten Anordnungen der
Regierung bezüglich der Einstellung der früher zurückgestellten
Mannschaften scheinen in Frankreich Widerspruch zu finden.
„Guerre Sociale“ veröffentlicht eine Zuschrift eines Majors,
in der erklärt wird, daß eine große Anzahl verspätet Ein-
gestellter den körperlichen Anstrengungen nicht ge-
wachsen und infolge schwächerer Konstitution der Ansetzung
durch Tuberkulose und ähnliche Krankheiten leicht ausgesetzt sei und
somit einen Ansteckungsherd für ganze Garnisonen bilde. Diese
Mannschaften, so fährt der Major fort, werden die Garnisonen
nicht verlassen, sie werden niederbrechen, bevor die Ausbildung
beendet ist, und werden die Spitäler anfüllen. Wäre es nicht
besser, sie nicht einzustellen, da sie die Kräfte nicht stärken,
sondern nur schwächen können?

Organisation der Lebensmittel-
versorgung.

„Deutschland ist allen seinen Gegnern über infolge seiner
organisatorischen Tüchtigkeit.“ Dieser Spruch wird in allen
Lönen seit Ausbruch des Krieges variiert. Aber in der Praxis
sieht man doch manches hapern und es tauchen Widerstände
auf, die nicht gerade erbaulich sind. Zwei Beispiele verdienen
wohl hervorgehoben zu werden, denn es handelt sich dabei um
ein zweifellos wichtiges Gebiet, nämlich um die Volksernährung,
und hier ist auch das scheinbar Nebensächliche von Bedeutung.

Gleich zu Beginn des Krieges sind von dem Vorstand
unserer Partei und den Gewerkschaften Vorschläge der Re-
gierung und der Deffentlichkeit unterbreitet worden, die da-
rauf abzielten, die Ernährung der Bevölkerung sicher zu stellen.
Es wurde darauf hingewiesen, daß bei dem Fortfall der Zu-
fuhr von Futtermitteln (wie Mais, Kleie, Futtergerste, Del-
fuden und andere) die Durchhaltung des Viehbestandes auf
Schwierigkeiten stoßen kann. Zur Abhilfe wurden unter anderem
empfohlen, die Küchenabfälle in den Großstädten zur Schweine-
mäst zu verwenden. — Der Gedanke ist ohne weiteres ein-
leuchtend, denn selbst dem Laien dürfte klar sein, daß es sich
da um ungeheure Mengen von Nährstoffen handelt, die ver-
gendet werden. In normalen Zeiten mag das hingehen, zu-
mal immerhin einige Schwierigkeiten zu überwinden sind.
Das Einfammeln und die Verarbeitung der Abfälle verur-
sachen Kosten, und bei niedrigen Preisen der Futtermittel kann
sich herausstellen, daß „die Elle länger ist als der Arm“.
Aber in der Kriegszeit ist eben die Elle eine andere geworden
und auch der Arm. Stellt man den Nährstoff der Abfälle
zur Verfügung für das Vieh, so bleiben Feldfrüchte für mensch-
liche Nahrung bereit, die sonst an das Vieh verfüttert werden
müßten, und angesichts dessen stellt sich die Kostenfrage ganz
anders dar.

Es hat nun zwar etwas lange gedauert, aber immerhin
haben im Dezember die Minister für Landwirtschaft und des
Jünern in Preußen ein Rundschreiben an die Stadtverwal-
tungen gerichtet, in dem eine solche Verwertung der Abfälle
gefordert wird. Es wird hier berechnet, daß diese pro Kopf
und Jahr 12 Kilogramm Tierdunget ergeben können, was
bei einer Bevölkerung der Städte in Preußen von 20,5 Mil-
lionen Menschen rund 2,5 Millionen Doppelzentner ausmacht,
ein sicher nicht zu verachtendes Quantum. — Zu bedauern ist,
daß die Verordnung reichlich spät kommt. Es haben sich
nämlich bereits Zustände herausgestellt, die nicht erbaulich
sind. So wurde zum Beispiel aus Schleien berichtet, daß
dort Ferkel in großer Zahl auf den Märkten angeboten
werden und unerkäuflich bleiben, weil die Landwirte und ge-
werblichen Schweinemäster, die in normalen Zeiten die Tiere
aufkaufen, jetzt davon absehen infolge des Futtermangels. Es
dürfte also so kommen, daß ehe das Futter durch Verwertung
der Abfälle disponibel ist, die Ferkel sterben, weil die Züchter
— in der Hauptsache Kleinbauern — sie schlachten werden.
Immerhin — besser später als nie.

Inessen hat das Rundschreiben die Hausbesitzer auf die
Beine gebracht. Die Organisation dieser Herren in Berlin
protestiert gegen den Plan. Grund: Sie befürchten,
daß ihnen Kosten erwachsen werden. Allzu groß dürften diese
nicht sein. Es handelt sich um die Zerteilung des Mülls,
um die Sammlung des als Futter verwendbaren Materials
in besondere Gefäße, gefondert von Mehlricht, Mähe, Scherben
und sonstigem Müll. Die Kosten für diese Gefäße und die
etwas höheren Kosten der Abfuhr zu tragen, dagegen sträuben
sich die Hausbesitzer.

Man darf gespannt sein, ob die Herren damit Erfolg
haben werden.

Das andere Beispiel: In der Stadtverordnetenversamm-
lung in Schöneberg wird von unseren Genossen der sehr ver-
nünftige Vorschlag gemacht, die städtischen Mieselgüter und
brachliegendes Gelände nutzbar zu machen für den Anbau
von Frühgemüse. Das hat insofern Bedeutung, als Deutsch-
lands Gemüsebau bekanntlich sehr viel zu wünschen übrig
läßt und die Zufuhr von Gemüse aus dem Auslande im
Frühjahr sehr stark ist. Bei längerer Dauer des Krieges
ist also die Steigerung des einheimischen Anbaues von
gewaltiger Wichtigkeit. Aber selbst, wenn — was zu
hoffen wäre — der Krieg bald beendet wird, ist
es von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung, wenn
im Frühjahr, in der Zeit, wo die Preise anziehen, die
Stadtverwaltungen über erhebliche Mengen Gemüse ver-
fügen, die sie auf den Markt bringen können. Denn zweifellos
werden auf dem Lebensmittelmarkt selbst nach Beendigung

des Krieges nicht alsbald normale Zustände eintreten, und es kann nur von Vorteil sein, wenn die Stadtverwaltungen durch ihr Angebot auf die Preise einwirken können, um dem Warenwucher entgegen zu wirken.

Aber gerade das scheint manchen Vertretern der bürgerlichen Parteien ein Grenz. Kein Wunder: wer auf das Sprüchlein vom „freien Spiel der Kräfte“ eingeschworen ist, dem behagt ein derartiges Eingreifen der Kommunen nicht. Geradezu beschämend sind aber die Einwände, die gemacht werden. Da wird behauptet, es fehle an Dingen, an geschulten Arbeitskräften, man habe keinen vorbereiteten Boden zur Verfügung. Freilich, wenn man vor jedem Hindernis zurückschreckt und nur nach Schema F wirtschaftet, ist nichts zu machen. Aber Fachleute wissen sehr wohl, daß man heutzutage auch in kurzer Frist den Boden für den Gemüsebau herrichten kann. Es ist eine Frage der Arbeit, die man darauf verwendet, und an Arbeitskräften ist kein Mangel. Den Dünger können mit Leichtigkeit die Mieselgüter liefern. Das Beispiel von Paris, in dessen Umgebung die gadois der Hauptstadt zu intensivem Gemüsebau verwendet werden, dürfte nicht gar zu schwer nachzuahmen sein. An geübten Arbeitskräften ist allerdings kein Ueberfluß. Indessen besteht bei einheitlicher Organisation der Vorteil, daß die Kenntnisse einer kleinen Anzahl von Fachleuten ausgenützt werden können, um zahlreiche Arbeiter zu dirigieren, und so steht die Sache jedenfalls nicht, daß man beim Gemüsebau auf qualifizierte Arbeiter angewiesen wäre, sondern jeder im Feld- und Gartenbau tätige Arbeiter kann unter verständiger Leitung die Arbeit verrichten.

Wir haben diese beiden Beispiele herausgegriffen, weil sie charakteristisch sind für die Behandlung wichtiger Aufgaben. Mit Deklamationen ist wenig getan. Es gilt praktische Aufgaben praktisch zu lösen. Die Widerstände zeigen nur, daß Eigentum bestimmter Gruppen und Mangel an Initiative, Scheu vor Neuerungen dem Interesse der Allgemeinheit sich in den Weg stellen und überwunden werden müssen.

### Starker Geschüßdonner in Westflandern.

Rotterdam, 15. Dezember. (W. L. B.) Nach einer Meldung des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus Ostburg scheinen beide Armeen wieder in eine heftige Aktion gekommen zu sein. Seit heute morgen vernimmt man wieder starken Geschüßdonner in südwestlicher Richtung.

### Die Not in Lille.

Basel, 16. Dezember. (W. L. B.) Nach den „Basler Nachrichten“ hat die französische Stadt Lille auf Anregung des deutschen Kommandanten die Hilfe des schweizerischen Bundespräsidenten angerufen. In einem vom 28. November datierten Schreiben gebittet der Bürgermeister des 1870 den Bürgern Straßburgs erwiesenen Wohlwollens und schildert Johann die traurige Lage der seit dem 10. Oktober von aller Verbindung mit der Außenwelt abgeschnittenen Stadt Lille, deren Lebensmittel um so schneller erschöpft waren, als sie zahlreichen militärischen Requisitionen hätten genügen müssen, auch die Zufuhr amerikanischen Kornes wegen der Besetzung des Dünkener Hafens durch französische und englische Truppen abgeschnitten sei. Der Bürgermeister bittet den Bundespräsidenten, der Zivilbevölkerung zu helfen, sie mit Nahrungsmitteln zu versorgen, vielleicht dadurch, daß er sich an die produzierenden Länder wende. Die deutsche Regierung sei bereit, alle nötigen Garantien zu geben, daß gelieferte Waren ausschließlich unter die bürgerliche Bevölkerung

### In Flandern.

Gent, 8. Dezember 1914.

Während vor einigen Wochen ausschließlich Heeresmassen durch Flandern zogen und als Verkehrsmittel für Zivilisten lediglich das Automobil in Betracht kam, fährt jetzt von Brüssel nach Gent wieder die Eisenbahn nach einem genauen Fahrplan. Allerdings wird damit nur den allerdringendsten Bedürfnissen Genüge getan. Die brennendste Frage für Belgien ist im Augenblick, wie für die Volksmassen die Ernährung sichergestellt werden soll. Auch auf der Fahrt durch Flandern sieht man häufig Trupps von arbeitslosen Männern beschamten. Aber selbst wenn die Leute verdienen würden, wäre doch nicht sicher, daß sie genug Brot erhalten. Belgien ist ein sehr fruchtbares Land. Durchaus falsch wäre die Annahme, daß das ganze Land durch den Krieg verheert worden wäre. Große Gebiete sind ganz verschont geblieben. Auf der 62 Kilometer langen Strecke von Brüssel bis Gent sind nur zweimal Spuren von Kriegen zu sehen. Die links von der Bahn liegende Stadt Termonde, die wiederholt beschossen wurde, ist nahezu zerstört. Ferner sind in dem Dorfe Quatrecht, wo gekämpft wurde, wie eine Anzahl Häuser erkennen läßt, mehrere Häuser zerstört und verbrannt. Überall sind die Felder abgeerntet und zum Teil auch schon bestellt, da in dieser Gegend die Bevölkerung nicht geflohen war. Jüdenrücken können jetzt verladen werden, nachdem zahlreiche belgische Eisenbahnwagen in deutschen Besitz gelangt sind. An Gemüse, Obst, Kartoffeln fehlt es denn auch nicht, ebenso ist Fleisch und Geflügel noch billiger als in Deutschland, trotz der großen Requisitionen für das deutsche Heer. Dagegen fehlt es sehr an Getreide in den vielen Landgemeinden mit Industriebevölkerung, besonders aber in Gent.

Zu neuer Wäute war diese uralte, in längst vergangener Zeit reiche und mächtige Stadt wieder in den letzten Jahrzehnten gelangt. Nur ganz wenige Städte besitzen solch wunderbare alte Bauten, die von vergangener Macht und Pracht zeugen. Gewaltige Dome, noch heute Wahrzeichen für den kraftvollen Sinn ihrer Erbauer, ragen dicht beieinander empor. Von stolzem Bürgerstolz gibt das mächtige Rathaus Kunde, dessen äußerer Schmuck jedoch nicht vollendet wurde. Auf unermeßlichen Reichtum, der früher geherrscht hat, deuten riesige Handelshäuser hin. Nach aus dem 12. und 13. Jahrhundert stammende architektonische Prachtstücke sind da. Mit einem reichen Bürgerstolz weiteverbreitete flandrische Parteien als Baubereiten. Eines der imposantesten Denkmäler mittelalterlicher Schlossbaukunst ist die mächtige Burg der Grafen von Flandern. Jetzt ist Gent eine moderne Industriestadt geworden mit zahlreichen Flach- und Baumwollspinnereien, Webereien, Maschinenfabriken und berühmt sind auch die großen Handelsgüterereien. Die Stadt zählt 170 000 Einwohner, in den Vororten wohnen etwa 50 000 Menschen.

Heutes Leben herrscht in Gent, ganz wie in Friedenszeiten. Man kann fast glauben, in einer großen norddeutschen Stadt zu sein. Kräftige blonde Menschen, frohschwarze Kinder erfüllen die Straßen, dazuwischen Soldaten, die häufig sich mit den Einwohnern unterhalten, da die Verständigung für jeden, der flandrisch spricht, sehr leicht ist. Von allen größeren belgischen Städten hat Gent durch den Krieg am wenigsten gelitten, wenn auch naturgemäß die Bevölkerung sehr schweren wirtschaftlichen Schäden ausgesetzt ist. In und dicht bei Gent wurde nicht gekämpft. Die Stadt erfuhr also keinerlei Beschädigung, auch lag sie nicht auf dem direkten Wege, den die deutschen Truppen nach dem Meere nahmen. Freilich waren die durchmarschierende Kolonnen immerhin recht zahlreich,

rußig verteilt würden. Die Schweizerische Depeschenagentur fügt hinzu, im Bundeshaus sei noch keine diesbezügliche Mitteilung eingetroffen.

### „Times“ fordert energischere Kriegsführung

London, 15. Dezember. (W. L. B.) Der militärische Mitarbeiter der „Times“ schreibt: Der Krieg kann nur mit dem schließlichen Sieg der Verbündeten enden, da 250 Millionen Menschen unter sonst gleichen Bedingungen 115 Millionen schlagen müssen. Wenn wir aber nicht die Ereignisse beschleunigen können, könnten die gebrauchten Opfer den von den Besiegten erreichbaren Kompensationen die Wage halten, so daß wir aus dem Sieg keinen Nutzen ziehen würden. Der von den Engländern begangene Fehler ist hauptsächlich mangelhafte Vorbereitung. Diese Dinge müssen am Ende des Krieges untersucht werden, und wenn gewisse Leute das erhalten, was sie verdienen, werden sie geknigt.

Wenn alle Ziele des Krieges erreicht werden sollen, kann uns das mehrere Jahre kosten. Wir können von unseren neuen Rekruten vor nächstem Februar keinen Gebrauch machen. In diesem größten aller Kriege kommen vier Monate nach Ausbruch 5 Mann in England auf jeden Kämpfer an der Front, und solange wir dies Verhältnis nicht umkehren können, vermögen wir den Krieg nicht so kräftig zu führen, wie wir sollten.

Der Feldzug in Ostafrika war besonders armelig. Es ist eine Enttäuschung, daß der Krieg gegen die deutschen afrikanischen Kolonien nicht besser geplant und reicher durchgeführt wurde. Der Verfasser glaubt, daß Frankreich nicht so viel Soldaten in die Kampflinie brachte, als es tatsächlich besitzt, und führt das auf Mangel an Ausrüstungsgegenständen zurück. Die Russen wiederum seien infolge mangelhafter Verbindungen sehr im Nachteil. Die Verbündeten müßten mehr tun, als bisher und müßten es besser tun.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Der Kampf um Lowitsch.

Mailand, 16. Dezember. (Z. U.) Der Petersburger Korrespondent des „Corriere della Sera“ berichtet, die Deutschen machen heldenmütige Anstrengungen, um sich Lowitsch zu bemächtigen, das als Knotenpunkt von vier Eisenbahnlinien als Schlüssel zur Hauptstadt des alten Königreichs Polen anzusehen ist. Die Einnahme Warschaws würde von großem moralischem Einfluß auf die Bevölkerung Polens sein und schon aus diesem Grunde machen die Russen große Anstrengungen, dem Vordringen der Deutschen erfolgreich zu begegnen.

### Der Seekrieg.

#### „Sulwar“ durch Selbstentzündung gesunken.

London, 19. Dezember. (W. L. B.) Die Admiralität hat angezeigt, daß die Kommission, die den Untergang des Schlachtschiffes „Sulwar“ zu untersuchen hatte, zu dem Schluß gekommen ist, daß die Explosion auf Selbstentzündung der an Bord befindlichen Munition zurückzuführen ist. Es liegen keinerlei Anzeichen dafür vor, die die Annahme stützen würden, daß die Explosion durch Verrat an Bord des Schiffes oder infolge einer Aktion des Feindes entstanden ist.

#### Altes türkisches Linienschiff gesunken.

Konstantinopel, 16. Dezember. Meldung der Agence Ottomane. Das alte Linienschiff „Messudije“ ist auf

seinem Ankerplatz infolge eines Lecks gesunken; ein Teil des Schiffes befindet sich noch an der Oberfläche des Wassers, die ganze Mannschaft hat das Schiff verlassen können.

Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, gibt die britische Admiralität bekannt, daß „Messudije“ von dem englischen Unterseeboot „B 11“ am Sonntag torpediert worden sei. Nach dieser Darstellung tauchte das englische Unterseeboot trotz der schweren Strömung unter fünf Minuten, worauf es ein Torpedo gegen „Messudije“, die das Minenfeld bewachte, abschoß. Dagegen „B 11“ eifrig beschossen und von Torpedobooten verfolgt wurde, gelang es ihm doch, wohlbehalten zurückzukehren. Es tauchte wiederholt unter und hielt sich einmal sogar neun Stunden unter Wasser. Als man vom Unterseeboot aus das letzte Mal „Messudije“ beobachtete, war das Achterschiff im Sinken begriffen. Die „Messudije“ ist 1874 gebaut und 1903 umgebaut; sie faßt 2250 Tonnen und hat eine Besatzung von etwa 600 Mann.

### Vom österreichisch-russischen Kriegsschauplatz.

#### Neuer Einbruch der Russen in Ungarn.

Budapest, 15. Dezember. (Z. U.) Kaum war das Gempliner Komitat von den Russen gesäubert, als aus dem Bereger Komitat der Einbruch einer neuen russischen Abteilung gemeldet wurde. Der Einbruch erfolgte diesmal nicht über die galizische Grenze, sondern durch die Komitate Marmaros und Ung sowie über den Gebirgskamm des Beregerpasses. Bei Zanylan und Jexerszallas wurde das weitere Vordringen der Russen durch unsere Truppen aufgehalten.

### Der türkische Krieg.

#### Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 16. Dezember. (W. L. B.) Mitteilung aus dem Hauptquartier. Eine russische Kavalleriebrigade verstärkt durch ein Bataillon Infanterie, hat am 13. d. Mts. ein von unserem rechten Flügel entsandtes Detachement in einer wichtigen Stellung angegriffen, ist aber zurückgeworfen worden. — An der Grenze des Wilajets Wan haben unsere Truppen die Offensive ergriffen; bei Sarai haben sie einige feindliche Stützpunkte angegriffen und im Sturm genommen. Eine unserer Abteilungen in Aherbeidschan ist in der Richtung auf Selmas (Diliman) in Persien vorgegangen. Bei Selmas am südlichen Ufer des Urmiasees hat türkische und persische Kavallerie ein Kosakenregiment geschlagen, welches 40 Tote und viele Verwundete verlor. Der Feind wurde auf Urmia verfolgt, ein russisches Dampfboot und die in Urmia befindlichen Munitionsvorräte genommen und zerstört. Einzelheiten folgen. Persische Stämme kämpfen mit Begeisterung Schulter an Schulter mit uns gegen den jahrhundert alten Feind; wir wissen von heldenhaften Taten aus diesem Kampfe.

#### Anschluß eines Kurdenführers an die Türken.

Konstantinopel, 15. Dezember. (W. L. B.) Wie die Abendblätter erfahren, ist der persische Kurdenführer Jhlan, den die Russen seit langem zu gewinnen trachteten, nach dem Einzuge der türkischen Truppen in Saubchubul mit seinem ganzen Stamme, ungefähr zehntausend Mann, zur osmanischen Armee übergegangen, um gegen die Russen zu kämpfen.

Große Requisitionen erfolgen für die Truppen, besonders an Brot, Fleisch und anderen Nahrungsmitteln. Aber Gent brauchte eine Kontribution nicht auszubringen. Das Verhältnis zwischen der Bevölkerung und dem Militär ist mir von den verschiedensten Gegenden als durchaus gut bezeichnet worden.

In einem sehr wesentlichen Teil ist das ein Mann, dem glänzenden Organisator Eduard Ansele, dem leidenden Kopf der großen Genter Genossenschaft „Booruit“ zu danken, der auch seit Jahren an der Verwaltung der Stadt als Schöffe, d. h. etwa zweiter Bürgermeister, hervorragenden Anteil hat. Ansele hat zum großen Teil die Verhandlungen mit den deutschen Vorgesetzten geführt, da er deutsch spricht. Er verstand es, all das zu beschaffen, was von der Stadt für die Truppen geliefert werden mußte. Ihm verdankt die Bevölkerung, daß sie bisher nicht direkt Hunger zu leiden hatte. Die glatte Erfüllung der militärischen Ansprüche hat wohl zur weiteren Folge gehabt, daß — wie ich auf dem Rathaus hörte — jetzt der Stadtkasse nur 50 000 Fr. monatlich für die militärische Besatzung erwachsen. Um das Gemeinwesen über die schwere Kriegszeit halbwegs glimpflich hinwegzubringen, ist Ansele unermüdet Tag und Nacht tätig. Wenn er nicht im Lande und außer Lande ist, um Nahrungsmittel zu beschaffen, wozu ihm die erforderliche Bewegungsfreiheit gewährt wird, dann sitzt er am Schreibtisch in seinem Arbeitszimmer auf dem Rathaus, denn die Menge der zu lösenden Aufgaben ist groß. Die Genter Arbeiter sind mehr als je seines Lobes voll.

### Gent im Kriege.

Gent, 9. Dezember 1914.

Auf dem Freitagmarkt in Gent sieht das eindrucksvolle Denkmal des Falak von Arievelde, der ein genialer und kostbarer Vorkämpfer des Genter Bürgerstolzes war die Mitte des 14. Jahrhunderts war. Auf diesem Platz erhebt sich auch ein Stallhüter, wenn auch etwas überladener Bau mit der Aufschrift „Dus huis“, das heißt: unser Heim, das Geschäftshaus der großen Konsum- und Produktgenossenschaft für Gent, in dem auch die Bureaus der Genter Gewerkschaften untergebracht sind. Wenn die proletarische Bevölkerung von Gent ohne Hungersnot bis jetzt über die Kriegszeit hinweggekommen ist, so dankt sie das den von ihr selbst geschaffenen Organisationen und den Männern, die an ihrer Spitze stehen.

Der äußere Eindruck von Gent ist der einer wohlhabenden Stadt. Zwar fehlt es nicht an gutsituierten und auch reichen Leuten, aber die Masse der Bevölkerung besteht doch aus Arbeitern, die erst in hartem Ringen aus früher unerträglichen Verhältnissen etwas emporgelassen sind. Um die Lebensmittelversorgung der Stadt hat sich der „Booruit“ und sein hervorragender Leiter Ansele außerordentliche Verdienste erworben. Die Fleischpreise sind, verglichen mit denen in Deutschland, nicht sehr hoch. Das Rilo Koteletts kostet 2,20 Fr., ein Rilo Speck 1,80 Fr. Sehr empfindlich ist die Knappheit an Getreide und Mehl. In letzter Zeit ist amerikanisches Getreide durch Vermittlung des Gefandten der Vereinigten Staaten über Holland eingeführt worden, nachdem England sein Einverständnis gegeben hatte. Aber der Vorrat ist nicht groß. Von der Stadtverwaltung ist deshalb der Bevölkerung die Brotration vorgeschrieben worden. Pro Kopf und Tag gibt es nur ein halbes Pfund. Die Stadt gibt Brotmarken aus, für die dann in den Geschäften das zulässige Quantum gekauft werden kann. Die Knappheit der Borkton wird um so härter empfunden, weil Erbsen, Bohnen usw. ebenfalls schwer zu haben

sind. Nach der Ansicht der Genossenschaftsleiter sind weitere Vorräte vorhanden, aber von Spekulanten frühzeitig aufgekauft worden, so daß die Preise sehr in die Höhe getrieben werden können. In den Produkten, die sehr knapp geworden sind, gehört auch das Salz, für das heute als Höchstpreis 20 Cent. (18 Pf.) pro Kilo festgesetzt wurden, ein Betrag, der hier hoch erscheint, da Belgien sonst erheblich niedrigere Salzpreise hat als Deutschland. Auf einige allgemeine Gebrauchsartikel hat die Stadtverwaltung Abgaben legen müssen, weil sie sonst außerhande sein würde, ihre Aufgaben zu erfüllen. Ansele hat sich jahrelang bemüht, für Gent eine progressive Einkommensteuer durchzusetzen. Die belgische Regierung hat den Plan vereitelt. Jetzt können die reichen Einwohner nicht zu Extrasteuern herangezogen werden, weil sie aus dem Lande geflohen sind; die ärmeren sind familiär zurückgeblieben. Nur einige tausend junger Leute gingen nach Holland oder England, weil sie befürchteten, daß sie zwangsweise zu deutschen Soldaten gemacht werden würden. Die große Genossenschaft hat also schwere Mühe, um ihrer Aufgabe gerecht werden zu können. Eine Verschärfung hat ihre Lage erfahren dadurch, daß sie mit einem Kostenaufwand von 2 Millionen Paes ein prachtvolles neues Haus für alle ihre Bildungs- und Kunstbestrebungen erbaute, das am 15. August seinem Zweck übergeben werden sollte; Einladungen dazu waren bereits an die Genossenschaften des Auslandes versandt und Jean Jaurès hatte eine der Eröffnungsreden zu halten versprochen.

Die Genter Gewerkschaften sind leistungsfähiger als die in den meisten anderen belgischen Städten. Den Vergleich mit den deutschen Gewerkschaften vermögen sie jedoch bei weitem nicht auszuhalten. Die Mitgliederbeiträge sind niedriger und jede deutsche Industriekraft von der Größe Gents hat auch eine größere Zahl von organisierten Arbeitern. Immerhin leisten die Gewerkschaften jetzt beträchtliches zur Linderung der Not. Sie zahlen gegenwärtig an die arbeitslosen Mitglieder 6 Fr. pro Woche und 3 Fr. zählt die Stadt dazu. Auch jeder unorganisierte arbeitslose erhält aus der Stadtkasse wöchentlich 3 Fr. Den ganz Mittellosen gibt die Stadt täglich einen Liter Suppe und ein Stück Brot. Bei Reichsständen arbeiten — Erbsenarbeiten für einen neuen Hafen — werden 4000 Mann von der Stadt beschäftigt; sie verdienen wöchentlich 12 bis 14 Fr.

Als in Gent die Frage auftauchte, ob die Arbeiter zum Zeichen des Protestes gegen die deutsche Besetzung die Arbeit ruhen lassen sollten, rieten die Gewerkschaftsführer sehr dringend von dieser heroischen Geste ab. Wer Arbeit hat, geht seiner Beschäftigung nach. In den großen Flachspinnereien wird wöchentlich 25 Stunden gearbeitet; die Unternehmer bezahlen 36 Stunden. Die Produkte gehen nach Deutschland.

Die Zeitung „Booruit“, die nach der Besetzung von Gent durch die deutschen Truppen unter Zensur erscheinen konnte, war, wie in Deutschland mitgeteilt worden ist, kürzlich verboten worden. Nach zehntägiger Dauer ist das Verbot wieder aufgehoben worden. Die Verhandlungen mit dem Zensor führt einer der Redakteure, der auch 10 Jahre lang in Deutschland tätig war und infolge seiner genauen Kenntnis der deutschen Sprache es versteht, auftauchende Schwierigkeiten zu überwinden, so daß man hofft, weiteren Verboten vorbeugen zu können.

Die führenden Männer in Gent sind davon überzeugt, daß die von ihnen geleiteten Institutionen durch den Krieg nicht nur einen dauernden Schaden nicht erleiden, sondern an Kraft und Macht gewinnen werden, weil alle Bevölkerungskreise den hohen Wert dieser Einrichtungen in der Zeit der größten Not schätzen lernen.

G. N.

## Ein englisches Urteil über den „heiligen Krieg“.

Amsterdam, 16. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Lord Cromer sagt in einem Brief an die „Times“: Es wird keinen Kenner des Orients verwundern, daß die Verflüchtigung des „heiligen Krieges“ mißglückt, da der Einfluß des Sultans als Kalif seit den Konstantinopeler Ereignissen in den letzten Jahren sehr gesunken sei, besonders da der Kalif sich mit den Ungläubigen verband. In bezug auf Ägypten sagt Cromer, daß der Einfluß des Khedive gering ist und der Krieg einzig die völlige Loslösung Ägyptens von der Türkei bewirken könne.

## Der Krieg und die Kolonien. Kampf am Kongo und in Kamerun.

Paris, 16. Dezember. (B. Z. V.) Kolonialminister Doumergue hat dem „Petit Parisien“ die Lage am Kongo und in Kamerun auseinandergesetzt. Danach operieren dort gleichzeitig drei starke Kolonnen. Die erste, aus französischen und englischen Truppen bestehend, unter dem Befehl des englischen Generals Dobell, operiert längs der Küste und nahm Duala, Victoria und die Zungenstation Kamina in Togo ein. Die zweite Kolonne hatte das durch den Kongovertrag abgetretene Gebiet wiederzuerobern und dabei heftige Kämpfe zu bestehen, wurde aber von belgischen Truppen wirksam unterstützt. Die dritte Kolonne, englische und französische Truppen unter General Lorgeau, hat Kasserai eingenommen. Die Verbündeten haben ihre bisherigen Erfolge über die Deutschen erst nach schweren Kämpfen errungen.

## Eine neue Rede Salandras.

Rom, 15. Dezember. (B. Z. V.) Zum Schluß der Diskussion über die Erklärung der Regierung im Senat legte Senator Pedotti folgende Tagesordnung vor: Der Senat hat die Erklärungen der Regierung zur Kenntnis genommen und billigt sie; er erklärt seine Zustimmung zu der Erklärung der Neutralität. Aber für den Fall, daß die Neutralität ihrem Zwecke nicht genügen sollte, war es das Recht der Regierung, für die vollständige Vorbereitung von Armee und Marine vorzusorgen. Heute können wir versichern, daß Armee und Marine mit entschlossenem Mut und fester Treue für alle Opfer bereit sind. Wenn es nötig ist, wird das Vaterland alles bis zum letzten Groschen und letzten Mann hergeben. (Beifall.)

Darauf erklärte Ministerpräsident Salandra unter gespannter Aufmerksamkeit des Hauses, daß die einmütige oder beinahe einmütige Zustimmung der Redner für ihn eine große Stärkung bedeute. Trotz der verschiedenartigen Auslegungen, welche die Regierungserklärungen erfahren hätten, seien sie doch sehr klar. Er sage, wie jener alte französische Dichter: Wo der Dachtisch klar ist, ist ein dunkler Kommentar wertlos. Salandra fuhr fort: Wir wissen wohl, daß in Italien und im Ausland das Wort der Regierung mit patriotischer Besorgnis und mit Vorurteilen verschiedenster Art erwartet worden ist. Es trat aber kein Ereignis ein, das unsere Haltung ändern konnte. Wir wissen, daß unsere Verantwortung sehr groß ist, weil man uns

### völlige Handlungsfreiheit

gewährt. Wenn es ein Glück war, daß wir uns unter den gegenwärtigen Umständen an der Regierung befinden, so hoffen wir, daß es dies ist nicht für uns, die wir nichts sind, sondern für das Vaterland, das alles ist! (Lebhafte Beifallrufe.) Wir stehen an unserem Platte mit dem tiefen Gefühl für die hohen Pflichten, die uns die völlige Handlungsfreiheit, die uns gelassen wird, auferlegt. Tatsächlich bedeutet Ihr Vertrauen die Handlungsfreiheit. Was werden wir tun? Der Senator di San Martino hat uns darüber in seiner Rede die Formel aufgestellt: Wir werden nur italienische Politik treiben! Ohne den Wert der Nationen, oder der Gruppen der Nationen, die gegenseitig kämpfen, herabzusetzen, hat Italien in seiner Vergangenheit so großen Ruhm erworben, hat so viel für die allgemeine Zivilisation getan und hat so viel Interesse und Ansprüche für sich selbst, daß die Aufgabe der Regierung sich erschöpft in der Verwahrung des Namens und der Zukunft unseres Landes. (Sehr lebhafter Beifall.) Borgezollt hat einige Vermutungen über den Verlauf des Krieges angestellt. An uns ist es nicht, dazu unsere Zustimmung zu geben, daß mit philosophischer, geschichtlicher und geographischer Phantasie gearbeitet wird, weil ein möglicher Irrtum nicht von uns, sondern von dem Lande bezahlt werden muß. Wir müssen den Erlaubnis vom Standpunkt Italiens aus folgen und danach unsere Handlungsweise bestimmen. Die Senatoren haben einstimmig, und unter ihnen der frühere Minister des Äußern Caneparo, und unter ihnen sein einstiges Amt zu seinem Urteil vorzüglich befähigt ist, versichert, daß wir richtig vorgegangen sind. Heute hat nun Senator Molmenti gemeint, wir hätten unsere Neutralität nach zweideutigen Verhandlungen erklären sollen. Aber wenn wir unsere Neutralität verschärfen wollten, so hätten wir sie auch entzerrt. (Lebhafte Beifall.) Der Senat hat von der Regierung keine weiteren Erklärungen verlangt, und Maraglione hat gesagt: Wir brauchen kein Wort weiter. Das Programm ist: Schweigen und Handeln. Danach wurde die Erklärung der Regierung in dem Augenblick, wo die Erklärung des Landes ihr anvertraut sind, nach ihrem Gewissen handeln, und sie bedarf des vollen und bedingungslosen Vertrauens des Landes durch Vermittlung der Volksvertretung. Wie es die Regierung bereits von der Kammer erhalten hat, erwarte ich es heute auch vom Senat. Ich bitte die Senatoren, welche Tagesordnungen eingebracht haben, sich zu einigen auf die Tagesordnung Pedotti, welche in einer klaren und einfachen Form die Erklärungen der Regierung vorbehaltlos billigt. (Sehr lebhafter, andauernder Beifall.)

Die von Salandra angenommene Tagesordnung Pedotti wurde einstimmig angenommen und das Ergebnis der Abstimmung mit sehr lebhaftem und langanhaltendem Beifall begrüßt. Darauf verlegte sich das Haus.

## Beginn der französischen Kammerarbeiten.

Paris, 16. Dezember. (B. Z. V.) Der Budgetausschuss der Kammer trat am Dienstag zusammen. Der Deputierte Proudhon erklärte, niemand denke daran, das heilige Wort der Nationalverteidigung durch Wortwechsel zu stören; die Oppositionsparteien seien gewillt, die Regierung in jeder Weise zu unterstützen.

## Eine Erklärung der portugiesischen Regierung.

Lissabon, 15. Dezember. (Wiedlung des Neutischen Bureau.) In einer Regierungserklärung führte Ministerpräsident Coutinho aus: In die Abwesenheit aller Parteipolitiker, ist die Regierung jederzeit bereit, jede Aenderung in

ihrer Organisation anzunehmen, deren Einführung unter den obwaltenden Umständen mit dem Zusammenwirken der anderen Parteien für gut befunden werden sollte. Das nationale Programm schließt die Ausführung der Maßregeln ein, die durch die Abstimmungen im Parlament am 23. November beschlossen worden sind, nämlich die Verteidigung des Landes und möglichst bald stattfindende Wahlen. Ohne die Verteidigung der Kolonien außer acht zu lassen, ist die Regierung entschlossen, zu kämpfen, um dem Vaterlande die Garantie der Unabhängigkeit zu erwerben, wenn sie überzeugt ist, daß die Zukunft des Vaterlandes auf dem Spiele steht.

## Kanada und der Krieg.

London, 16. Dezember. (B. Z. V.) „Times“ meldet aus Toronto: Der Führer der Liberalen, Sir Wilfrid Laurier, hielt in Montreal eine Rede, in der er sagte, daß die Opposition die Haltung der kanadischen Regierung zum europäischen Kriege unterstütze. Ueber die Monroe-Doktrin, sagte Laurier, die Doktrin könne nur in Washington ausgelegt werden. Wenn es um die Existenz Kanadas ginge, würde er nicht wünschen, daß es durch die Monroe-Doktrin gerettet würde, sondern durch das kanadische Volk selbst. Im Falle eines deutschen Angriffes würde er gern die Hilfe der Amerikaner annehmen, aber nie darum bitten. Er wünsche vielmehr, daß die Kanadier sich auf sich selbst verlassen.

## Abwehr gegen die englische Konterbandepolitik.

London, 16. Dezember. (B. Z. V.) Der Korrespondent der „Times“ in Washington meldet: Das New Yorker „Journal of Commerce“ beklagt sich über die infolge der englischen Konterbandepolitik entstehende Schwierigkeit, ununterbrochene Lieferungen für neutrale Schiffe mit amerikanischem Fleisch und anderen Lebensmitteln nach Rotterdam durchzuführen. Alle großen Fleischimporteure seien durch die Zurückhaltung der Fleischsendungen getroffen und überdies hätten das Staatsdepartement mit Protesten. Der Korrespondent schließt seinen Bericht mit den folgenden Sätzen: Die Frage der Rückwirkung unserer Handelspolitik auf die Vereinigten Staaten verlangt dringend eine rasche, sorgfältige Beachtung, wenn nicht den deutschen Propagandisten eine wertvolle Waffe in die Hände gespielt werden soll. Der Kongress steht unerschrocken unter dem Druck der Kupfer- und Fleischinteressenten sowie von Fabrikanten von Wolle, Gummi, Metallwaren und anderen Waren, die unter Embargo auf die Ausfuhr von Gummi, Wolle und anderen Rohmaterialien nach den Vereinigten Staaten mit beträchtlicher Unannehmlichkeit bedroht. Diese Unannehmlichkeit beginnt sich in Artikeln der Presse über unsere extreme Konterbandepolitik wiederzuspiegeln.

## In Kriegsgefangenschaft.

Genosse Dr. Otto Bauer, Redakteur des „Kampf“ und Sekretär der deutschen sozialdemokratischen Fraktion des österreichischen Reichsrats, der als Reserveoffizier in den Krieg zog, ist in russische Kriegsgefangenschaft geraten. Wie die Wiener „Arbeiterzeitung“ schreibt, ist ihm „in Anerkennung tapferen Verhaltens vor dem Feinde das Militärverdienstkreuz dritter Klasse mit der Kriegsbekräftigung“ verliehen worden.

## Die Todesurteile von Casablanca aufgehoben.

Auf privatem Wege sind der „Adriatischen Volkszeitung“ Nachrichten zugegangen, wonach das gegen drei deutsche Anwohner in Marokko ausgesprochene Todesurteil in Gefängnisstrafe von je zwei Jahren umgewandelt worden ist. Ueber die Begründung dieses Urteils ist nichts bekannt.

Die deutsche Regierung hat die völlige Aufhebung dieses Urteils verlangt und sie wird sich, wie der „Berliner Lokalanzeiger“ mitteilen kann, von den angedrohten schärfsten Repressalien durch eine bloße Umwandlung der Todes- in Freiheitsstrafe nicht abbringen lassen.

## Russisch-chinesische Verständigung wegen der Mongolei.

Frankfurt a. M., 16. Dezember. (B. Z. V.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Petersburg vom 13.: Berichte aus Kiachta besagen, daß China und Rußland übereinkamen, die Mongolei als autonomes Land unter der Suzeränität Chinas anzuerkennen.

## Russische Maßnahmen gegen deutsches Eigentum.

Amsterdam, 16. Dezember 1914. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Aus Petersburg meldet die „Times“: Zufolge einer Nachricht der „Nowoje Wremja“ müssen die Deutschen und Oesterreicher ihre russischen Besitzungen binnen sechs Monaten verkaufen. Andernfalls würden sie öffentlich feilgeboten und, falls solcher Verkauf nicht gelingt, durch Bauernbanken enteignet werden.

## Aufgedeckter Schwindel.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ hatte die Nachricht verbreitet, deutsche Kriegsgefangene in Frankreich würden gezwungen, an ihre Angehörigen um Ueberlieferung größerer Geldbeträge zu schreiben, die dann von den Franzosen unterschlagen würden. Das Internationale Rote Kreuz in Genf ist der Sache nachgegangen und konnte feststellen, daß die Meldung des „Lokalanzeigers“ total erfunden ist. Das Genfer Rote Kreuz hat der „Nordd. Allgem. Ztg.“ zwei Briefe übermittelt, die inhaltlich übereinstimmen und deren einer lautet:

An den

Vertreter des französischen Roten Kreuzes.  
Die unterzeichneten Kriegsgefangenen in Pau haben von einem Artikel des „Berliner Lokalanzeiger“ vom 20. Oktober, Abendausgabe, Kenntnis genommen, worin der Vorwurf erhoben wird, deutsche Kriegsgefangene seien von französischer Seite gezwungen worden, größere Geldbeträge von ihren Verwandten zu erbitten, welche in keinem Verhältnis zu den Bedürfnissen stehen. Es ist in Pau kein solcher Fall bekannt. Die Geldsendungen sind, soweit bekannt, ordnungsgemäß eingetroffen und werden den Empfängern in wöchentlichen Raten ausgezahlt.  
Leclercq, Vizefeldwebel der Landwehr,  
8. Komp. Inf.-Reg. Nr. 10.  
Richard Schild, Unteroffizier der Reserve,  
7. Komp. Inf.-Reg. Nr. 53.  
Ludwig Stier, Unteroffizier der Reserve,  
Feldart.-Reg. Nr. 21, 5. Batterie.

## Kriegsbekanntmachungen.

Zur Auskunfterteilung über deutsche Kriegsgefangene. Amtlich. Berlin, 16. Dezember. (B. Z. V.) Personen, welche sich wegen Ermittlungen, Auskünften usw. an das Inter-

nationale Komitee des Roten Kreuzes in Genf mit Beziehung auf deutsche Kriegsgefangene im Ausland wenden, müssen zur schnelleren Erledigung ihres Gesuches durchaus folgendes beachten:

Die Briefe die Gesuche sehr leserlich auf Briefpapier von großem Format (kaufmännisches Format) schreiben. Der Umschlag muß einfach die Adresse tragen:

Rotes Kreuz (Croix Rouge), Agence des Prisonniers de Guerre, Genf (Schweiz).

Der Umschlag muß offen bleiben. Der Brief ist unfrankiert abzuschicken, und es ist für die Antwort keine Briefmarke, kein Rückchein und keine Antwortpostkarte beizufügen.

Die Briefe an das Rote Kreuz in Genf und von ihm sind portofrei. Niemals sind Postkarten zu schreiben an das Rote Kreuz zu verwenden.

## Politische Uebersicht.

### Umgehung der Kartoffelhöchstpreise.

Der Deutsche Kartoffelgroßhändlerverband (Sitz Düsseldorf) hat folgenden Beschluß gefaßt: Die Bundesratsverordnung betreffend die Höchstpreise von Kartoffeln hat seit ihrem Bestehen eine Reihe Mißstände hervorgerufen und zu Umgehungen geführt, die es den Landwirten ermöglichen, höhere als die festgesetzten Höchstpreise zu erzielen. Es ist daher notwendig, daß Umgehungen entgegengeartet wird. Ebenso ist aber erforderlich, daß die zuständigen Stellen die Verhältnisse unter Zuziehung der Vertreter des Kartoffelhandels überprüfen und, falls sich die Vorschriften als undurchführbar erweisen, die Verordnung aufheben oder so ändern, daß sie der natürlichen Marktlage entspricht.

Dieser Beschluß ist mit einer eingehenden Begründung dem Bundesrat zugestellt worden, der es sich hoffentlich angelegen sein läßt, für eine schnelle Beseitigung der Mißstände zu sorgen.

### Die Kriegstagung des hessischen Landtags.

Der hessische Landtag trat am Mittwoch zusammen. Es ist ein außerordentlicher Landtag, der auf Grund eines zu beschließenden Notgesetzes bis zu Ende des Jahres 1915 zusammenbleibt und die Mandate, die im Herbst 1914 abgelaufen waren, bis dahin verlängert.

Das Präsidium des alten Landtags wurde wiedergewählt, nur an Stelle eines Nationalliberalen wurde der Genosse Kaab zum Schriftführer gewählt, so daß jetzt auch Sozialdemokraten im Gegenlag zu früher im Präsidium vertreten sind.

Während sonst die Eröffnung des Landtags im Schloß stattfand, wurde sie diesmal vom Staatsminister in der Kammer vorgenommen. In seiner Rede wies der Staatsminister auf die unbeschreibliche Todesverachtung hin, mit der hessische Regimenter außerordentlich große Opfer gebracht hätten. Das Land sei mit ganz Deutschland politisch geschlossen. Um den inneren Frieden zu wahren, habe die Regierung eine Gesetzesvorlage vorgelegt, wonach die Wahlen zum Landtag und den Gemeindevertretungen bis nach dem Kriege verschoben werden. Die Vornahme der Wahlen erscheine im hohen Grade bedenklich, weil die im Wahlkampf unvermeidlich hervortretenden Gegensätze im Ausland Zweifel an unserer innerlichen Festigkeit erwecken könnten. Die Regierung werde weiter eine Vorlage bezüglich der Abänderung des Finanzgesetzes für 1914 vorlegen, wonach bis jetzt vorgelegene Ausgaben von Schatzanweisungen innerhalb der bereits bewilligten Kredite unbedrängt statthaft sein sollen. Weiter soll eine Vorlage zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit in allen Landesteilen und eine Änderung des Enteignungsgesetzes vorgelegt werden. Dem Hoftheater zu Darmstadt soll ein staatlicher Zuschuß in Höhe von 100 000 M. zur Deckung für den durch den Krieg entstandenen Fehlbetrag gewährt werden.

Der Präsident der Ersten Kammer brachte ein Hoch auf den im Felde weilenden Großherzog, der Präsident der Zweiten Kammer auf die im Felde stehenden Truppen aus. Die Sozialdemokraten hatten sich bei dem Hoch schweigend erhoben. Am Schluß gedachte der Präsident des gefallenen Abgeordneten Dr. Vogelsamer, auf dessen Platz ein Vorbeerkranz lag.

### Todesstrafe auf Brandstiftung.

Der stellvertretende kommandierende General von Roehl erläßt in den Hamburger Blättern folgenden Hinweis: Ich habe Veranlassung darauf hinzuweisen, daß auf das Verbrechen der Brandstiftung nach § 4 des Einfuhrgesetzes zum Reichsstrafgesetzbuch und § 8 des Gesetzes über den Belagerungszustand nach Erklärung des Kriegszustandes verschärfte Strafbestimmungen in Anwendung kommen, nach denen dieses Verbrechen unter Umständen mit dem Tode zu bestrafen ist. Vorstehende Warnung erlaube ich ergebenst gefälligst öffentlich bekannt zu machen und zwar dort, wo russische und polnische Arbeiter zu verkehren pflegen, auch in diesen Sprachen.

### Deportation des früheren finnischen Landtagspräsidenten.

Der langjährige finnische Landtagspräsident Swinhufwud, Mitglied der jungfinnischen Partei, ist auf Befehl des finnischen Generalgouverneurs Seyn für die Dauer des Kriegszustandes aus Finnland ausgewiesen und nach dem Gouvernement Tomsk (Sibirien) deportiert worden. Dieser Tage traf Swinhufwud unter Militär eskorten in Petersburg ein und wurde vorläufig im Untersuchungsgefängnis interniert.

## Letzte Nachrichten.

### Der englische Admiralitätsbericht.

London, 16. Dezember. (B. Z. V.) Die Admiralität teilt mit: Eine wichtige deutsche Flottenbewegung fand heute früh in der Nordsee statt. Scarborough und Harlepool wurden beschossen. Unsere Flottillen sind an verschiedenen Punkten in Kämpfen verwickelt. Die Aktion wird fortgesetzt.

### Der türkische Tagesbericht.

Konstantinopel, 16. Dezember. (B. Z. V.) Am 15. Die Kämpfe, die seit mehreren Tagen an der Ostgrenze des Wilajets Wan andauerten, haben zu unsern Gunsten geendet. Die Stellung bei Sarai, die vom Feinde erbittert verteidigt wurde, ist nach einer umfassenden Bewegung unserer Truppen in die Hände gefallen. Der Feind zieht sich in der Richtung auf Kotbur zurück, verfolgt von unserer Kavallerie. Unsere Truppen sind in Sarai eingezogen.

Ein englischer Kreuzer hat vergeblich einen unserer Wachtürme zwischen Jassa und Gaza beschossen. Der russische Kreuzer „Askold“ hat zwei kleine Schiffe vor Beirut in den Grund gebohrt. Der Verlust des alten Kaiserenschiffes „Resjudie“ ist nach einer endgültigen Untersuchung entweder der Verührung mit einer abgetriebenen Mine oder einem gegen dieses Schiff geschleuderten Torpedo zuzuschreiben.



Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 103 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

- 1. 2. 3. und 4. Garde-Reg.; 1. Garde-Inf.-Reg.; Garde-Jäger-Bat.; Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Pionier-Regimenter Nr. 5, 11, 13, 16, 24, 32, 35, 37, 40, 42, 49, 54, 55, 58, 65, 67, 71, 72, 73, 76, 79, 80, 85, 95, 112, 113, 114, 115, 128, 132, 136, 138, 140, 141, 145, 147, 152, 153, 154, 163, 164, 165; Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 8, 12, 16, 17, 20, 22, 23, 31, 32, 34, 35, 40, 53, 71, 72, 73, 88, 92, 116, 118, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 211, 295; Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 4, 9, 12, 13, 22, 24, 31, 35, 36, 51, 76, 118; Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 8, 41; Landsturm-Bataillone Goldap, Gruppe, Jauer, Kreuzburg, Reiche, Neustrelitz, Osterode II; Jäger-Bataillon Nr. 10; Reserve-Jäger-Bataillon Nr. 4.

Musik-Reg. Nr. 3; Drag.-Reg. Nr. 5, 17, 24; Ref.-Drag.-Reg. Nr. 8; Hus.-Reg. Nr. 1.

Feldartillerie-Regimenter Nr. 14, 21, 26, 34, 35, 38; Ref.-Feldartillerie-Regimenter Nr. 3, 22; Landw.-Feldart.-Abt. des I. und XIV. Armeekorps.

Fuhsart.-Reg. Nr. 7; Ref.-Fuhsart.-Reg. Nr. 1. Pion.-Regimenter Nr. 19, 31; Pion.-Bataillone: II. Garde (siehe Pion.-Reg. Nr. 31), II. Nr. 2, Nr. 6, 7, I. Nr. 11, II. Nr. 16, I. Nr. 27.

Eisenbahn-Baukomp. Nr. 26; Fernspr.-Abt. des XV. Armeekorps.

Zan.-Komp. Nr. 1 des V., Nr. 2 des XIV., Nr. 2 des XVII., Nr. 1 des XVIII. Armeekorps; Feldlazarett Nr. 10 des Gardekorps, Nr. 8 des XI. Armeekorps; Ref.-Feldlazarett Nr. 31.

Stappen-Führerpartilolonne Nr. 1 des Gardekorps.

Die bayerische Verlustliste Nr. 121 meldet Verluste des 1. 3., 4., 5., 6., 8., 9., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 19., 20. Inf.-Reg.; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 10, 11, 12, 13; Ref.-Jäger-Bataillone Nr. 1, 2; Pion.-Inf.-Reg. Nr. 1; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 15; 1. Fuhsart.-Reg.; 2. Pion.-Bat., Speyer; 3. Pion.-Bat., Ingolstadt; Ref.-Pion.-Kompagnen Nr. 1, 6; Fernspr.-Abt. Nr. 3; Ref.-Fernspr.-Abt. 6; 2. Landw.-Pion.-Komp.; Schwere Festungs-Scheinwerferzug Nr. 39; Festungsfluttschiff-Gruppe Nr. 1.

Die sächsischen Verlustliste Nr. 76 veröffentlicht Verluste des Brig.-Ersatz-Bat. Nr. 63; Leib-Gren.-Reg. Nr. 100, Dresden; Gren.-Ref.-Reg. Nr. 100; Gren.-Landw.-Reg. Nr. 100; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 102; 7. Inf.-Reg. Nr. 106; 10. Inf.-Reg. Nr. 124; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 241, 242, 245; 1. Jäger-Bat. Nr. 13; Ref.-Jäger-Bat. Nr. 12; 1. Pion.-Bat. Nr. 22, Riesa; II. Pion.-Bat. Nr. 22, Riesa.

Preussische Ausführungsvorschriften zum Familienunterstützungsgesetz.

Der preussische Minister des Innern hat zwecks Behebung von Zweifeln und zwecks Beseitigung einer Reihe von gleichwichtigen Benachteiligungen der Familien von Kriegsteilnehmern Ausführungsregeln erlassen, die im letzten Ministerialblatt veröffentlicht worden sind. Diese Vorschriften haben in einer Reihe von Fällen berechnete Beschränkungen abgestellt. So sind im Kreis Oberbarnim an eine Reihe Frauen, denen nur für ein oder zwei Kinder die Unterstützung gezahlt, für die übrigen abgelehnt wurde (auf Grund der Ziffer 10 Absatz 2), Nachzahlungen erfolgt. Infolgedessen hat ein Besuch um Bewilligung des Armentrechts zur Einholung der Zustimmung nicht gezahlten Beträge gegen den Kreis und den Landrat zurückgezogen werden können. Die ministeriellen Anordnungen geben wir nachstehend wegen ihrer Wichtigkeit im Wortlaut wieder. Sie lauten:

- 1. Die Familien derjenigen Mannschaften, die im Herbst dieses Jahres ihre zwei- bzw. dreijährige Dienstpflicht vollendet haben und nicht entlassen worden sind, erhalten vom 1. Oktober 1914 ab Familienunterstützungen.
- 2. Gemäß § 1 des Gesetzes vom 28. Februar 1888 in der Fassung des Gesetzes vom 4. August 1914 sollen Unterstützungen erhalten die Familien der Mannschaften der Reserve usw., sobald diese Mannschaften bei einer Mobilmachung usw. in den Dienst eintreten.

Diesem in den Dienst eingetretenen Mannschaften sind diejenigen des Wehrdienstes gleichzustellen, die zum Heeresdienst einberufen worden sind, infolge der kriegerischen Ereignisse aber nicht mehr in der Lage waren, in die Heimat zurückzukehren, sofern den Lieferungsverbänden (durch Briefe usw.) glaubhaft gemacht wird, daß sie als Kriegsgefangene im feindlichen Ausland zurückgehalten werden.

3. Gemäß § 4 a. a. O. ist zur Unterstützung derjenige Lieferungsverband verpflichtet, innerhalb dessen der Unterstützungsbedürftige zur Zeit des Beginns des Unterstützungsanspruchs seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Dieser Lieferungsverband bleibt beim Wechsel des Aufenthaltsortes zur Zahlung der Unterstützungsbeiträge, auch soweit sie die Mindestsätze übersteigen, verpflichtet. Für die Höhe der Unterstützungen sind nicht die an dem neuen Aufenthaltsort üblichen Sätze maßgebend; entscheidend ist vielmehr lediglich die Bedürftigkeit. Liegt diese in demselben Umfange vor, so werden die von dem verpflichteten Lieferungsverbände ursprünglich festgesetzten Unterstützungen in denselben Beträgen weiter zu zahlen sein. Bedarfs Nachprüfung der Verhältnisse der Unterstützungsberechtigten haben sich die verpflichteten Lieferungsverbände mit denjenigen der neuen Aufenthaltsorte in Verbindung zu setzen.

Zur Unterstützung der Schifferfamilien ist derjenige Lieferungsverband gehalten, innerhalb dessen der Ort liegt, an dem der Schiffer gemeldet ist und seine Steuern bezahlt.

In besonderen Fällen, namentlich dann, wenn die kriegerischen Ereignisse es notwendig machen, daß Familien von in den Dienst eingetretenen Mannschaften ihre Heimstätten zu verlassen und in anderen Orten Zuflucht zu nehmen gezwungen sind, müssen, falls die gesetzliche Unterstützung von den Lieferungsverbänden ihres gewöhnlichen Aufenthaltsortes nicht gewährt werden kann, diese Lieferungsverbände des Aufenthaltsortes für sie vorbehaltlich der Erfüllungspflicht des Reiches eintreten.

Diese Regelung gilt auch für solche Familien, welche infolge militärischer Anordnungen eine Festung verlassen haben. Die im Gesetze zugesicherten Wohltaten sollen den Familien solcher Mannschaften anteil werden, die in den Dienst eintreten. Es ist hiernach ohne Bedeutung, ob die Mannschaften auf Grund einer Einberufungsbefehl oder infolge freiwilliger Meldung in den Dienst eintreten.

Da gemäß § 20, der Wehrordnung alle Wehrpflichtigen, welche weder dem Heere noch der Marine zugerechnet sind, vom 17. bis zum vollendeten 45. Lebensjahre dem Landsturm angehören, sind auch anspruchsberechtigt die Familien derjenigen Mannschaften, die noch nicht militärpflichtig sind oder noch keine endgültige Entscheidung über ihr Militärverhältnis erhalten haben, infolge der Mobilmachung oder des Auftrufs zum Landsturm aber zum Kriegsdienst eingezogen werden oder als Kriegsfreiwillige Militärtreten. Dagegen würden die Angehörigen derjenigen Militärpflichtigen nicht berücksichtigt werden können, die bei der diesjährigen Friedensauhebung ausgleich befunden und vorläufig be-

urlaubt worden waren, da sie jetzt zur Erfüllung ihrer aktiven Dienstpflicht herangezogen worden sind, und die Angehörigen dieser Kategorie keinen Anspruch auf Familienunterstützung haben. Nicht in Betracht kommen ferner die Familien derjenigen Mannschaften, die als Freiwillige gemäß § 98 Ziffer 1 in Verbindung mit § 2 der Wehrordnung zur Einstellung gelangen. Ebenfalls nicht in Betracht kommen die Angehörigen derjenigen Kriegsfreiwilligen, die das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, berücksichtigt werden. Dagegen sind auch den Angehörigen derjenigen Kriegsfreiwilligen, die außerhalb jeden Militärverhältnisses — wie die als dauernd untauglich Ausgemerkten — stehen und sich im wehrpflichtigen Alter befinden, Familienunterstützungen zu gewähren.

5. Gemäß § 10 sind die Unterstützungsbeiträge in halbjährlichen Raten, also am 1. und 16. jeden Monats vorauszubehalten. Fällt der Dienstbeginn bzw. Einmarsch (§ 10 Abs. 3 a. a. O.) in die Zeit zwischen die Fälligkeitstermine, so ist die Unterstützung erstmalig vom Tage des Eintrittes oder des Abmarsches bis zum nächsten Fälligkeitstermin zu zahlen. Der Monat ist zu 30 Tagen zu berechnen.

Auf Grund anderweiter Berechnung bereits gezahlte Familienunterstützungen können nicht zurückgefordert oder bei künftigen Zahlungen in Abzug gebracht werden.

6. Für die Mitglieder der nach §§ 6 und 7 a. a. O. gebildeten Kommissionen sind Gebühren für ihre Tätigkeit im Gesetze nicht vorgesehn; der Gesetzgeber ist vielmehr davon ausgegangen, daß die Mitglieder dieser Kommissionen ihre Tätigkeit ehrenamtlich ausüben. Sollten die Mitglieder trotzdem Gebühren beanspruchen, so haben über die Frage, ob überhaupt und in welcher Höhe Gebühren zu zahlen sind, die Lieferungsverbände, denen diese Kosten zur Last fallen, zu entscheiden.

7. Was die im Ausland zurückgelassenen Familien von in den Dienst eingetretenen Mannschaften anlangt, so sind die deutschen Vertretungsbehörden im Ausland, soweit es mit Rücksicht auf die kriegerischen Ereignisse möglich war, angewiesen worden, die im Ausland zurückgelassenen Familien nach Maßgabe des Bedürfnisses, auch unter Ueberschreitung der Mindestsätze des Gesetzes, zu unterstützen. (Vergl. Runderlaß vom 22. September 1914 — V. 3818.)

Rehren diese Familien später nach Deutschland zurück, so ist der Lieferungsverband, innerhalb dessen der neue erste Aufenthaltsort liegt, zur Zahlung der Unterstützung verpflichtet.

8. Es wird darauf hingewiesen, daß auch denjenigen Ehefrauen Unterstützung zu bewilligen ist, die von ihrem getrennt lebenden Ehemann in Friedenszeiten die ihnen zustehenden Unterhaltungsbeiträge nicht erhalten haben; denn die Aussicht, diese während des Krieges zu erlangen, hat sich verschlechtert. Wie bei der Unterstützung der unehelichen Kinder, deren Vater in den Kriegsdienst eingetreten ist, wird auch hier das Bestehen der Unterhaltungsbedürftigkeit — ohne ihre bisherige tatsächliche Erfüllung in Friedenszeiten — als ausreichende Voraussetzung für den Unterstützungsanspruch anzusehen sein.

9. Einzelne Spezialfälle geben mir Veranlassung, auf die Bestimmungen des vierten Absatzes des § 10 des Gesetzes, betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, vom 28. Februar 1888/4. August 1914 hinzuweisen, wonach die Unterstützungen dadurch nicht unterbrochen werden, daß die in den Dienst eingetretenen als krank oder verwundet zeitweilig in die Heimat beurlaubt worden sind. Handelt es sich um Kriegsteilnehmer, die nicht wieder selbständig geworden sind, so unterliegt es keinem Bedenken, die Familienunterstützungen im Falle des Bedürfnisses so lange weiterzahlen zu lassen, bis sie in den Genuß einer Militärrente treten, d. h. bis zu dem Zeitpunkt, zu welchem sie den ersten Betrag der Militärrente tatsächlich abbekommen.

In gleicher Weise sind auch den Hinterbliebenen der im Kriege gebliebenen oder infolge einer Verwundung oder Kriegsgeheimnisbeschädigung verstorbenen Personen die Kriegsfamilienunterstützungen gemäß dem Schlusse des § 10 a. a. O. solange weiter zu gewähren, bis die Bewilligungen auf Grund des Militär-Hinterbliebenengesetzes tatsächlich zur Hebung gelangen.

Bei einer verspäteten Zahlung der Militärbezüge ist von einer Rückforderung der Familienunterstützungen abzuweichen. (Runderlaß vom 20. Oktober 1914 — V. 4428.)

10. Schließlich wird noch ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß eine wohlwollende und nicht etwa nach den Grundsätzen der Armenpflege erfolgende Prüfung der Bedürftigkeitsfrage bei der Gewährung der Familienunterstützungen geboten ist und es namentlich keinem Bedenken unterliegt, die Unterstützungen auch dann zu bewilligen, wenn arbeitsfähige Angehörige infolge augenblicklicher Arbeitslosigkeit in eine vorübergehende Notlage geraten sind. Von den Angehörigen der vor dem Feinde stehenden Familienväter wird alles ferngehalten sein, was niederdrückende Empfindungen in ihnen auszulösen geeignet ist. Dazu zählt die in einzelnen Fällen bekannt gewordene Verweisung an die öffentliche Armenpflege, die nicht gebilligt werden kann.

Die Unterstützungen sind gemäß den §§ 5 und 6 des Gesetzes einheitliche Leistungen für die einzelnen Familien und können nicht wahlweise für die Ehefrauen oder die Kinder bewilligt werden. Ist die Unterstützungsbedürftigkeit einmal anerkannt, so müssen wenigstens die Mindestsätze sowohl den Ehefrauen als auch den Kindern gewährt werden.

Im übrigen sind an die Familien der in den Kriegsdienst eingetretenen Arbeiter oder Lohnempfänger, welche in Reichs- und Staatsbetrieben dauernd beschäftigt waren, zunächst die Mindestsätze der reichsgesetzlichen Unterstützungen zu zahlen. Erst in zweiter Linie und nach Maßgabe des dann noch vorliegenden Bedürfnisses sollen die Reichs- oder staatlichen Arbeitgeberbeiträge gewährt werden. (Der Runderlaß vom 20. August 1914 — V. 2945 — ist hiernach auszuliegen.)

Der Minister des Innern.

Im Auftrage: v. Jarockh.

Aus Groß-Berlin.

Auf dem Wochenmarkt.

Er hat grimmige Gegner, der Berliner Wochenmarkt, und mehr wie einmal ging es ihm hart ans Leben. Die Hausbesitzer und die Inhaber der einschlägigen Geschäfte sind ihm spinnefeind, aber aus der anderen Seite erkreut er sich ebenso großer Beliebtheit — nämlich bei den Hausfrauen. Ihnen hat er es zu danken, wenn er überhaupt noch existiert. Ein stattliches Amazonenkorps bilden sie, die Frauen des Haushalts, und gekämpft haben sie schon mit Suffragettenmütze um ihren geliebten Markt auf der Straße. Und während große, mit schwerem Gelde erbaute Markthallen, wo die Verkäufer und Käufer gegen die Unbilden der Bitterung geschützt wären, verordneten und anderen Zwecken nutzbar gemacht werden mußten, erfreuen sich die Wochenmärkte unter freiem Himmel des regsten Zuspruchs. Wer ergründet die Rätsel einer Frauenseele!

Der Verkauf vollzieht sich in der Woche an zwei bestimmten Tagen. Frühmorgens (es gibt auch Abendmärkte) kommen die Verkäufer, teils aus der weiteren Umgebung Berlins, teils aus den nächsten Vororten, mit Pferd und Wagen. Bald haben sie ihren Stand aufgeschlagen, manche in Gestalt eines Zeltes, andere haben bloß einen Tisch oder auch den nicht, und legen ihre Waren auf der Erde aus.

Reist stehen die Vertreter einer bestimmten Kunst nebeneinander. Zum Beispiel die Schlächter, die ihre Stände in einer Gruppe aufbauen. Dann die Gemüse- und Obstfrauen, die Fischhändler, der Kolonialwarentrümer, der Rauchwarenverkäufer, die Brotgeschäfte, die Frauen mit Butter, Eiern und Käse, und gewöhnlich finden sich noch Zünfte weiterer Art ein, wie Böttcher, Geschirrhändler, Gärtner usw. Bald erscheinen auch die ersten Käuferinnen oder Käufer, Hausfrauen, Köchinnen, Diener, auf manchen Märkten auch Soldatenburschen mit ihrer Gnädigen, sie alle kommen um zu sehen, zu betrachten und zuletzt zu kaufen. Böse Zungen behaupten, daß auch Frauen von Hausbesitzern da kaufen. An Publikum fehlt es jedenfalls nicht. Jede Frau hat so ihr bestimmtes Prinzip und wohl auch ihre bestimmten Lieferanten.

Manche gehen erst einige Male um den Markt herum, um zu vergleichen. Wieder andere kaufen erst in der letzten Stunde, weil es da billiger sein soll.

Allmählich hat sich der Markt stark belebt, der Strom von Menschen schiebt sich nur langsam durch die engen Gänge. Elegante Damen erscheinen und begudet sich die Waren sehr gründlich durch die Vorknetze. Das Mädchen mit dem weißen Häubchen steht dabei und wartet mit Tasche und Reg. um nach perfektem Kaufe die Gegenstände einzuheimen. Daneben steht eine arme Frau in der Schürze, die ebenfalls lange prüft, ehe sie in die Tasche greift nach ihren spärlichen Münzen. Immer stärker schwillt das Stimmengewirr an, es wird ausgerufen, gefeilscht, gelacht und gezankt. Das letztere sehr häufig.

„Mensch, haste Löne“, schreit ein vollblütiger Schlächtermeister seinem Kollegen zu und schwingt einen Lappen Fleisch wütend durch die Luft; „sollte man den nicht so ner Knebelkrähe um de Tolle hauen, det et man so sprizen tät, läßt mirsch erscht abschneiden und dann will jes nich!“

Nebenan ist eine Eierhändlerin mit einer jungen Frau zusammengekommen, und wenn man entscheiden sollte, wem von beiden im Schimpfen die Palme gebührt, man käme in Verlegenheit. Sie sind beide Meisterinnen in dieser Kunst. Die zwei Mähne stehen sie sich gegenüber, mit glühenden Köpfen.

„Wann Se denken, Sie können mir für dumm verlocken...“

„Na, mir schon lange nich, da müssen Se früher uffstehen — Sie — Sie —“

„Jawoll, Sie, Sie, — Sie denken, Sie können vor mir die Keensten Eier pafsuchen, und mit die frohen machen Sie Staat... da, sehen Se sich mal die Dingerchen an.“ Die junge Frau zeigt einige Eier den Umstehenden, „solche Tauben-eier will se mir in de Tasche schieben, da kommt se aber an de falsche Adresse...“

„Legen Sie doch größere, wenn Se können!“ schreit die Verkäuferin und entweicht unter dem schallenden Gelächter der übrigen Händler ihrer Partnerin die so gekennzeichneten Eier.

Auch am Obststand gibt es Krach. Der Verkäufer hat aus den schönen, rotbackigen Äpfeln nach vorn eine verlockende Mauer aufgebaut, während hinten die kleinen und grünen liegen.

„Ja wer Ihnen die schönen ausfuchen 's Pfund for'n Groschen und die andern häng' ich mir an'n Weihnachtsboom, jawoll!“ lärmt er und wirft eine Handvoll Äpfel wieder vor der Wage herab.

„Nehmen Sie die Äpfel durcheinander, weiter verlangs ich ja nichts, halb und halb, das ist doch nur recht und billig.“ beharrt die Käuferin.

„Ach wat, halb und halb, id nehm' se, wie se liegen und damit basta.“

„Drehen wir die Bude um, dann sind wir bald einig.“ ruft ein Wighold dazwischen.

Aber nicht überall besteht Feindschaft, sehr oft findet man auch rührende Beispiele von gutem und langjährigem Einvernehmen zwischen Kundenschaft und Verkäufern. Das ist ein altes rundgelbes Weiblein mit einem kleinen Tisch. Sie hat hausgemachte Butter, Wutter, Eier und Honig — und ihre festen Abnehmer. Die kaufen nur von ihr. Seit vielen Jahren. Und nicht nur nackte Kaufgeschäfte spielen sich hier ab, nein, sie erhalten einen familiären Einschlag durch die Fragen nach den persönlichen Verhältnissen.

„Na, Mutter Regin, wie geht's?“

„O mein, wie's alten Leuten geht, das Reichen meld't sich wieder.“

„So, so, und was machen die Duden?“

„Ja, der Jüngste hat gestern erst geschieden, er war in Galizien und hat einen Streifschuß, der Alteste, der war zuletzt in Arras, wo er jetzt ist, weiß ich nicht.“

„Na, sie werden beide wiederkommen, Mutter Regin, ganz bestimmt.“

Und das Gesicht der Alten leuchtet auf bei diesen Trostworten.

Immer aufs neue wechselt das Publikum.

Wenn ein Teil mit hauchigen Taschen nach Hause hastet, kommen andere von dort, um Borräte einzukaufen. „Alles wird teuer, an jedem Markttag haben sie aufgeschlagen mit den Preisen.“ Ein einziger Seufzer ist es, der den Markt beherrscht. Wo das hinführen soll? fragen einzelne. Die anderen zucken mit der Schulter. Wer soll da antworten.

Sorgenschwer steht manche Frau da und rechnet und grübelt. Und dann kauft sie Surrogate, wo sie früher die beste Ware gekauft hat.

„Ist das Palmone auch gut?“ fragt eine junge Frau zweifelnd und tippt mit dem Finger auf eins der viereckigen Paketchen. „Ich habe so was noch nie gebraucht“, fügt sie mit verlegenem Lächeln hinzu. Von nun an wird sie es dauernd kaufen.

Jrgendwo muß gespart werden, in der Küche geht's am ehesten, denn in den Wagen kann einem niemand sehen — denken so viele, sträflich unbefonnen, und überlegen nicht, wie verfehrt ein solcher Grundsatz ist. So rückt Stunde um Stunde vorbei. Und dann packen die Händler wieder ein und nur die Abfälle erinnern noch daran, daß kurz zuvor derselbe Markt war.

Ernährungsfragen.

Der „Nationale Frauendienst“ hat eine Abteilung für Konsumfragen eingerichtet, die sich die Ernährungsfrage besonders angelegen sein läßt. Diese Abteilung beginnt eine Aufklärungsarbeit auf dem Gebiete der häuslichen Lebensführung bei allen Schichten der Bevölkerung. In einer Zuschrift heißt es u. a.: Nicht um die einzelne Hausfrau zum

Swaren am Geld zu veranlassen — das versteht sich in der jetzigen Zeit bei den meisten Frauen von selbst —, sondern in erster Linie um sie auf den weiten Verbrauch derjenigen Volkswirtschaftsmittel aufmerksam zu machen, die bis zur nächsten Ernte für alle gleichmäßig ausreichen sollen. Jede Frau kann Mitarbeiterin an einer guten Volksgesundheit werden, wenn sie das ihre dazu beibringt, nichts zu vergeuden! Schenkt Beachtung den Merkblättern (im Einzelbezug erhältlich gegen Freikupon beim Hauptbureau, Augsburger Str. 61), den Vorträgen, den praktischen Vorführungen im Kochen, die in allernächster Zeit jede Hausfrau anwerben werden, ihre Pflicht während der Kriegszeit in vollstem Maße zu erfüllen. Als Ergänzung zum Merkblatt erscheint bei Vieweg u. Sohn in Braunschweig die „Ernährung in der Kriegszeit“, zusammengestellt von Prof. Dr. Elsbacher, Frau Hedwig Heyl, Prof. Dr. Carl Oppenheimer, Prof. Dr. Max Kubner und Prof. Dr. Nathan Junz (im Einzelbezug 15 Pf. und Porto, von 10 Stück an 10 Pf., von 50 Stück an 8 Pf. für jedes Heft). Außerdem gibt Hedwig Heyl im Verlag von Carl Habel, Berlin, ein „Kleines Kriegs Kochbuch“ zum Preise von 25 Pf. heraus (von 10 Stück an 20 Pf., von 50 Stück an 16 Pf.). Die Schriften werden auch von allen Buchhandlungen geliefert.

Ein zweiter Aufruf wendet sich an die Frauen mit dem Ersuchen, die Küchenabfälle zu Futterwägen an Volkserwerber und dergleichen zu geben. Das wird aber Schwierigkeiten machen, solange in Berlin der ministeriellen Aufforderung an die Gemeinden, eine Zerteilung der Küchenabfälle zu organisieren, nicht entsprochen ist.

Endlich wird im Hinblick auf das Weihnachtsfest gebeten, vorzuzugreifen und beim Verbrauch von Weizenmehl zu sparen. Die Bitte an die Hausfrauen geht dahin: „Noch nie mag ein so eindringliches Wort von draußen an Euch ergangen sein, noch nie die Allgemeinheit das Recht gehabt haben, Euch in dieser Zeit beeinflussen zu wollen, Ihr deutschen Hausfrauen. Aber dieses Jahr, das so Besonderes gebracht hat, fordert Besonderes, um des kommenden Jahres willen. Es verlangt schon heute Vorsorge! Selbst in Festtagen, die sonst sorglosen Freuden gelten, sorgt vor! In Festtagen gehören in allhergebrachter Weise die Christstollen, der Rospfunden, das Weihnachtsgebäck. In all dem aber gehört Weizenmehl, und unser Vorrat an Weizenmehl muß in diesem Jahre, der geschlossenen Grenzen wegen, bis zur nächsten Ernte reichen. Es handelt sich nicht darum, daß gespart werden soll, daß kein Geld für Nachwerk ausgegeben werden soll, sparen tun alle die, die es tun müssen, von selbst; aber am Weizenmehl muß gespart werden, es ist zu kostbar im Hinblick auf unser Brot, auf unser Bedürfnis an Mehl zur Zubereitung unseres Essens, als daß es weiterhin wie bisher zu Nachwerk in dem Maße beansprucht werden dürfte, wie wir es, dank unserer Friedensjahre unbedünktlich tun durften. Wir sind nicht gewöhnt an solche Mahnungen, deshalb nehmt sie Euch doppelt zu Herzen.“

**Änderung des Fortbildungsschulunterrichts?**  
Durch die Presse wurde dieser Tage folgender Bericht verbreitet:

Die militärische Vorbereitung der Jugend an den Fortbildungsschulen wurde bei einer Besprechung zwischen den Vertretern der städtischen Behörden und den beteiligten Körperschaften erörtert. Außer mehreren Stadträten und Stadtverordneten sowie dem Gesamtdirektor des Berliner Fortbildungsschulwesens Dr. Grundheid nahmen die Vertreter der Handelskammer, der Besten der Kaufmannschaft und der Handwerkskammer zu Berlin an der Beratung teil. Nach längerer Erörterung wurde folgender Vorschlag des Vorsitzenden der Berliner Handwerkskammer, Obermeister Kahardt, angenommen: Statt wie bisher, sechs Stunden sollen künftig vier Stunden theoretischer Unterricht erteilt und vier Stunden für die militärischen Übungen freigegeben werden, und zwar in der Weise, daß in den Fällen, wo sechs Stunden nacheinander gegeben wurden, die ersten vier Stunden auf die militärischen Übungen und die übrigen zwei Stunden auf theoretischen Unterricht verwendet werden. Für die ausgefallenen vier Stunden geben die Lehrmeister an einem Wochenabend weitere zwei Stunden von 6—8 Uhr für theoretischen Unterricht frei. Außerdem sollen Sonntagsgeländebüchungen, Märche usw., eventuell ein kleiner Feldpostdienst stattfinden. 47 Lehrer haben ihre Dienste für die militärische Jugendvorbereitung zur Verfügung gestellt. 2500 Handwerkslehrlinge haben sich unter anderen freiwillig zu den Übungen gemeldet. In neun Schulbezirken sind besondere Kompanien gebildet worden. Der Berliner Innungsausschuß hat dieser Regelung bereits zugestimmt, und auch der Vorstand der Berliner Handwerkskammer erteilt ihr in seiner letzten Sitzung seine Zustimmung.

Wir möchten hierzu bemerken: Der Unterrichtsplan für die Fortbildungsschulen ist durch Gemeindefestsetzung festgelegt und kann nicht ohne Inanspruchnahme der Gemeindebehörden geändert werden. Wir halten deshalb den Bericht auch nicht für zutreffend, weil die Fortbildungsschulen dem Schüler in seinem gewerblichen Fortkommen nützen und fortführen sollen. Was außer der Schulzeit geschieht, ist eine Sache für sich und kann nur freiwilliger Natur sein. Es wäre aber doch notwendig, wenn sich die Leitung des Fortbildungsschulwesens öffentlich zu diesem Bericht äußern würde.

**Vorsicht vor Erzählung von Heldengeschichten.**

„Rom Russetier zum Leutnant!“ Unter hochklingenden Stimmworten laufen durch die deutsche Presse immer noch Schilderungen der Heldentaten eines Russetiers, der es zum Leutnant gebracht haben soll, obgleich der „geprüfte Held“ schon seit vierzehn Tagen als Schwindler entlarvt hinter Schloß und Riegel sitzt. Otto Feide, so heißt der „Held“, hinterließ der Sohn eines ehemaligen Pöllauffers in der Kasse, soll erst im Westen gekämpft und dann, durch einen Zufall bei einem Transport nach dem Osten geraten, dort ein Hauptheldentat geleistet haben. Er rettete, wie es heißt, bei Suwalki einen österreichischen General aus russischer Gefangenschaft, nahm dabei den Russen wichtige Papiere, die sie von dem General erbeutet hatten, wieder ab und hatte so einen erheblichen Anteil an dem Siege von Suwalki. Der „Held“ wurde natürlich von Hindenburg beglückwünscht, zum Feldwebel befördert, erhielt das Eisernes Kreuz erster und zweiter Klasse und ebenso die erste und zweite Klasse der österreichischen Tapferkeitsmedaille. Dann kam er wieder nach dem Westen, wurde zum Kaiser befohlen, erzählte diesem seine Heldentaten „wie ein Sohn seinem Vater“, und der Kaiser kloppte ihm auf die Schulter und sagte, das hast Du brav gemacht, mein Junge. Feide wurde dem Korpskommandanten überwiesen und erhielt von ihm, als er sich bei ihm meldete, daß er zum Leutnant befördert worden sei. Diese Heldentaten frisch jetzt das „Berliner Tageblatt“ nach dem „Hannoverschen Kurier“ wieder auf, obgleich alle Erzählungen Feides von Unwahrscheinlichkeiten wimmeln und obwohl der „Held“ schon vor 14 Tagen als Schwindler öffentlich gekennzeichnet wurde.

Der Russetier-Leutnant Otto Feide ist der Sohn eines Zeitungshändlers und von Jugend auf ein Lausgenicht, zweimal wegen Eigentumsverbrechens bestraft und ehemaliger Fürsorgezögling.

Jetzt ist er 23 Jahre alt. So er sich überall herumgetrieben und geschwankt hat, weiß man noch nicht. Die letzten drei Wochen hielt er sich in Kautschuk auf, bis er dort vor 14 Tagen entlarvt und festgenommen wurde. Seitdem sitzt er in Untersuchungshaft.

**Eröffnung der „Ausstellung für Verwundeten- und Kranken-Fürsorge im Kriege“.** Heute mittag, pünktlich 12 Uhr, findet in der Kuppelhalle des Reichstagsgebäudes vor geladenen Gästen die feierliche Eröffnung der „Ausstellung für Verwundeten- und Kranken-Fürsorge im Kriege“ statt. — Nach Schluß der nur kurzen Feier wird die Ausstellung dem Publikum zugänglich gemacht werden. In den folgenden Tagen wird sie bereits von 10 Uhr morgens an geöffnet sein. In jedem Spätnachmittage finden zwei Lichtbildervorstellungen statt. Ferner wird im Rahmen der Ausstellung im Haupt-Sitzungs-Saale des Reichstagsgebäudes eine Reihe von Vorträgen hervorragender Fachleute stattfinden. Den ersten dieser Vorträge wird bereits am Eröffnungstage, abends 8 1/2 Uhr, Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Kubner halten. Das Thema lautet: „Unser tägliches Brot. Eine Betrachtung in der Kriegszeit.“ Für den Besuch der Ausstellung ist der Preis von 50 Pf. festgesetzt worden. Diese Karte berechtigt auch zum Besuch der Lichtbildervorstellungen und des Vortrages. Außerdem werden Dauerkarten zum Preise von 5 M. ausgegeben. Alle Sonnabende gelten als Ausnahmetage, an denen der Besuch einschließlich der Lichtbildervorträge und des Vortrages nur 10 Pf. kostet.

**Warnung an die Hausfrauen!**

Die Deutsche Gas-Sparlicht-Zentrale bietet durch Agenten oder Reisende den Hausfrauen Leuchtgas- und Kochgas-Regulatoren zum Preise von 4,90 M. an. In dem Vertrag, der von den Hausfrauen zur Unterschrift vorgelegt wird, heißt es, daß die Anbringung probe-weise erfolgt und zwar für die Dauer von drei Monaten. Im Falle der Kündigung will die genannte Gesellschaft die Apparate unentgeltlich entfernen. Will der Käufer von dem Kauf der Apparate Abstand nehmen, so hat er mindestens einen Monat vor Ablauf der dreimonatlichen Benutzungsfrist schriftlich zu kündigen, andernfalls er verpflichtet wird, die Apparate zu behalten. Die Hausfrauen lassen sich meist beschwigen und sich diesen Gaspar- apparat anbringen, wobei sich dann herausstellt, daß von Gas- ersparnis gar nicht die Rede ist. Sie kündigen dann und zwar durch einfachen Brief. Wahrscheinlich kommen diese Kündigungen selten oder gar nicht in die Hände der Gesellschaft und es erfolgt darauf durch ihren juristischen Beistand Dr. Max Schröder die Auf- forderung, die 4,90 M. zu zahlen und dazu 2,05 M. als Gebühren für den Anwalt.

**Keine Weihnachtsbäume an die Front senden.**

Es gibt Leute, die unserem Transportwesen doch etwas gar zu viel zumuten. Um den Weihnachtsbaum zu ersetzen, hat die Industrie keine Weihnachtsbäumchen hergestellt, die im Feldpostbrief verschickt werden können. Daß aber auch Leute wirkliche Weihnachtsbäume verschicken wollten, geht aus folgender Mahnung an das Publikum hervor, die durch das Volkliche Telegraphenbureau verbreitet wird: „Berlin, 16. Dezember. Wegen der ausgedehnten Transporte von Liebesgaben und Weihnachtspaketen ist es leider nicht an- gängig, auch noch Weihnachtsbäume in das Stappen- und Operationsgebiet mitzuführen.“ Die Mahnung ist begründet. Man wird sich freuen, wenn schon die Weihnachtspakete alle ankommen.

**Vom Schnellzuge getötet.**

Einen schrecklichen Tod hat der 45 Jahre alte Bahnwärter Her- mann Ladewig aus Karlshorst gefunden, der in der Nähe der Station in Dienst war. Als er in der Nacht zum Mittwoch die Strecke kontrollierte, kehrte er nicht wieder zurück. Später fand man auf den Schienen den schrecklich verbluteten Leichnam des Mannes. Er war unter den nachts gegen 12 Uhr vorüberfahrenden D-Zug ge- raten und vollständig verflüchtigt worden. Auf welche Weise sich der Unfall abgespielt hat, konnte nicht aufgeklärt werden.

**Selbstmord eines Zwölfjährigen.**

Wie wir gestern mitteilten, wurde aus der Spree die Leiche eines Knaben gefischt, dessen Kopf vollständig zertrümmert war. Durch die gerichtliche Untersuchung konnte festgestellt werden, daß diese Verletzungen wahrscheinlich von Dampfmaschinen herrühren. Auch die Verletzung des Knaben ist jetzt ermittelt worden. Es handelt sich um den 12-jährigen Schüler Artur Reeg aus der Curtysstr., der Selbstmord verübt haben soll, da er befristete wegen einiger dummen Streiche wieder von seinem Pflegevater nach dem Waisen- hause gebracht zu werden.

Auf der Straße vom Tode überführt. In den gestrigen Abend- stunden fand ein Schuttmann auf dem Bauplatz in Potsdam einen unbekanntem Mann in sterbendem Zustande vor. Ehe ein Arzt zur Stelle sein konnte, war der Mann schon tot. Ein Herzschlag scheint seinem Leben ein Ende gemacht zu haben.

Ein Autounfall ereignete sich gestern vormittag an der Ecke der Haupt- und Mühlentstraße. Der Lenker eines Geschäftsdreirad- automobils wollte beim Umbiegen um die Ecke von der Hauptstraße einem entgegenkommenden Wagen ausweichen; bei der schlüpfrigen Beschaffenheit des Strohkempflasters kam aber hierdurch der Wagen ins Schlingern; die Steuerung verlor und das Auto fuhr direkt auf den Bürgersteig. Zum Glück für die Vorübergehenden prallte der Wagen gegen einen Laternenpfahl, der total zertrümmert wurde; auch das Auto wurde stark beschädigt. Der Lenker erhielt schwere Rippenverletzungen usw. und wurde in das nahegelegene St. Korb- er-Krankenhaus gebracht.

Ein gefährlicher Kellerbrand beschäftigte die Feuerwehr in der Marienburger Str. 8. Dort standen mehrere Verschläge in Flammen und bei der Ankunft der ersten Löschzüge war schon der Keller total verqualmt. Nur durch energisches Wassergehen gelang es, eine weitere Ausdehnung des Brandes zu verhindern.

Das Mütter- und Kinderheim des Bundes für Mutter- schutz, Sigmaringer Str. 25, nimmt hilfsbedürftig werdende Mütter sowie Mütter mit ihrem Kinde auf. In der Auskunftsstelle wird täglich von 9 bis 1 Uhr, Dienstag und Freitag auch von 7 bis 9 Uhr abends unentgeltlich Rat und Auskunft über Unterkunft, ärzt- lichen Beistand, Rechtschutz, Vermittlung von Pflegestellen, Arbeits- nachweis usw. erteilt.

**Der Wahre Jakob**

gelangt des Weihnachtsfestes wegen schon in dieser Woche zur Aus- gabe. Von Freitag früh an ist er bei allen Kolporteurs und Händlern zu haben. Auch die Abonnenten erhalten ihn Freitag. Die Ausgabe an Händler erfolgt bereits in der Nacht von Donnerstag zu Freitag von 1 Uhr morgens ab.

**Weihnachtsfeiern.**

Schöneberg. Der Gesangsverein „Schöneberger Männerchor“ ver- anstaltet gemeinsam mit dem Frauenchor am 19. Dezember eine Weis- nachtsfeier im Klubhaus, Hauptstr. 5. Da sich die Chöre zu allen Ver- anstaltungen der Arbeiterkassette zur Verfügung stellen, sind alle Gesangs- freunde zu diesem Fest herzlich eingeladen. Eintrittsgeld wird nicht er- hoben.

Nowawes. Der Bahnbereich und des Gewerkschaftsartell veran- lassen am Sonntag, den 20. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im Singerschen Saale, Briestritz Str., eine Weihnachtsfeier. Nach Beendigung der Feier, die in einer Ansprache, Gesang- und Instrumentalvorspiel, Deklamationen usw. bestehen wird, erfolgt die Befreiung der Kinder verorbener Mit- glieder. Die Mittel zu der Befreiung wurden vom Bahnbereich, von einzelnen Gewerkschaften und Privaten sowie durch Privat-Sammlungen auf- gebracht.

Das Gebrüder Herrnsfeld-Theater bereitet für die Weihnachts- feiertage ein vollständig neues Programm vor, außerdem finden an allen drei Weihnachtsfeiertagen Nachmittagsvorstellungen unter Mit- wirkung der Direktoren Anton und Donat Herrnsfeld statt.

**Aus der Partei.**

**Ein Parteiveteran gestirbt.**

In Dortmund starb in hohem Alter von 71 Jahren der Genosse Martin Bäcker. In Kassel wurde er geboren, doch Dortmund ist seine eigentliche Heimat geworden. Als er hier im Jahre 1867 zuzog und sich als Handwerksmeister selbstständig machte, wurde gerade der Ortsverein des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gegründet. Gleich schloß er sich an und die alten Protokolle aus den Jahren nach dem Feldzuge von 1870/71 zeugen von seiner temperamentvollen Veredeltätigkeit. Sein Haupt- verdienst um die Bewegung erwarb sich Bäcker während der Schwedensjahre der Sozialistenverfolgung. Die Dortmunder Genossen brachten alle die verbotenen Schriften und Zeitungen in einem städtischen Gebäude unter, wo sie am sichersten lagerten. Bäcker aber leitete den Vertrieb. Zur bestimmten Stunde wurde ganz Dortmund und Umgebung mit dem „Sozialdemokrat“ belief, ohne daß jemals der eifrigen Polizei, die täglich Hausdurchsuchungen ab- hielt, es auch nur je gelungen wäre, die Verbreiter oder den Leiter des Vertriebs zu erhalten. Bäcker hatte die Veredeltätigkeit längst jungen Kräften überlassen, aber der Sache, der er ein langes Leben lang gedient hat, ist er bis zum Tode treu geblieben.

**Zurückgenommener Strafantrag.**

Gegen den verantwortlichen Redakteur der Breslauer „Volkswacht“, Genossen Förster, schwebte noch eine Anklage wegen Ver- leidigung der Polizei, begangen in einem Artikel über die Verhaftung der roten Krankenschwestern bei der Verdrigung der Genossin Vurgund. Vorige Woche sollte die Verhandlung sein, sie wurde aber aufgehoben und dem Angeklagten ging jetzt folgender Be- scheid zu:

Der Erste Staatsanwalt.  
In der Strafsache gegen den Redakteur Franz Förster aus Breslau wegen Veröffentlichung des Artikels „Polizeilich geführter Leichenzug“ in Nr. 89 der „Volkswacht“ vom 23. März 1914 er- öffne ich Ihnen, daß der Herr Polizeipräsident mit Rücksicht auf die jetzt obwaltenden Verhältnisse den Straf- antrag unter dem 4. Dezember 1914 zurückgenommen hat.  
Holle.

**„Arbeiter-Jugend“.**

Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 26 des letzten Jahrgangs heben wir hervor: Weihnachts 1914. Von Jürgen Brand. — Vom Kampf um die Gewerbeaufsichtsbeamten. — Das verpauberte Städtchen. (Saluk.) — Wie die Kanone entstand. (Mit Abbildungen.) Von Hans Bourquin. — Ein Grab am Wege. — Die Fremdenjagd. Von Fritz Eisner. — Junere Kämpfe. Gedicht von Gideon Gum. — Wie wir mit Erfolg arbeiten. Von Paul Weiger usw.

**Gewerkschaftliches.**

**Der Krieg, die Arbeitslosigkeit und die Berliner Gewerkschaften.**

Nach einer Mitteilung des Magistrats, die wir am Dienstag veröffentlichten, hat die Stadt Berlin bis zum 29. November 1 432 077 M. Unterstützung an Arbeitslose ge- zahlt. Bekanntlich gewährt die Stadt zu den gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützungen einen Zuschuß von 50 Proz. mit der Einschränkung, daß die gewerkschaftliche und die städtische Unterstützung zusammen nicht mehr als 12 M. betragen darf. Von der angegebenen, durch die Stadt ausgezahlten Gesamt- summe kommen auf diese Zuschüsse 506 189 M., während 925 888 M. auf die nicht gewerkschaftlich Organisierten ent- fallen. Diese Angaben des Magistrats erfahren eine be- achtenswerte Ergänzung durch eine Aufstellung der Berliner Gewerkschaftskommission, die sich auf denselben Zeitraum wie die Mitteilung des Magistrats bezieht. Die Aufstellung zeigt, was die der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Organi- sationen vom 1. September bis 29. November an Arbeitslosen- unterstützung in Groß-Berlin gezahlt haben, und dann berück- sichtigt sie das Gebiet der Stadtgemeinde Berlin für sich und stellt für dieses Gebiet die gewerkschaftlichen Unterstützungs- leistungen mit denen der Stadt in Vergleich. — Die von der Gewerkschaftskommission aufgestellte Tabelle ist folgende:

Woche	Anzahl der gewerkschaftlichen Arbeitslosen in Groß-Berlin	Betrag der gewerkschaftlichen Unterstützungen an diese Arbeitslosen	Summe der unterstützten Arbeitslosen in der Stadt Berlin (die gewerkschaftlichen und die städtischen Zuschüsse)	Städtische Zuschüsse für diese Unter- stützungen	Die Stadt hätte an solchen Zuschüssen gezahlt, wenn die gewerkschaftlichen Zuschüsse von 4,50 M. pro Person im Ganzen	Die Stadt hätte bei dem Zuschuß von 50% und dem Zuschuß von 50% der Gewerkschaften von 12 M. pro Woche
1.	44 672	245 320	5 598	11 007	25 191	14 183
2.	41 429	234 944	18 657	67 156	83 956	16 800
3.	38 551	208 575	18 559	54 533	83 515	28 981
4.	35 647	185 745	16 935	49 218	74 857	25 043
5.	33 808	166 151	15 341	45 335	69 034	23 099
6.	32 646	146 872	14 145	42 577	63 682	21 075
7.	30 780	132 070	13 188	38 480	58 121	19 690
8.	28 844	119 388	11 779	34 993	58 005	18 011
9.	26 586	104 525	10 688	31 527	48 087	16 559
10.	23 960	96 221	9 849	30 103	44 240	14 136
11.	22 836	90 058	9 123	27 928	41 053	13 124
12.	21 929	80 119	8 406	26 290	37 827	11 596
13.	19 442	71 287	7 565	23 281	34 042	10 760
		1 872 870		452 818	716 580	284 257

Die Tabelle bestätigt die schon aus anderen Veröffentlichungen bekannte Tatsache, daß die mit dem Kriegsbeginn eingetretene außergewöhnlich große Arbeitslosigkeit von Woche zu Woche zurückgegangen ist. Wenn die Tabelle, soweit sie sich auf das Stadtgebiet Berlin bezieht, in den ersten drei Wochen ein dem nicht entsprechendes Bild zeigt, so liegt das daran, daß nicht alle Gewerkschaften nach Kalenderwochen rechnen und deshalb erst von der vierten Woche an die Ab- rechnungen insgesamt nach Kalenderwochen erfolgten. Wenn auch die Arbeitslosenziffer erfreulicherweise ständig zurück- gegangen ist, so hatten doch die Gewerkschaften Groß-Berlins am 29. November noch rund 19 500 Arbeitslose. Dazu kommen noch die Arbeitslosen der anderen Organisationen, die allerdings nur einen kleinen Prozentsatz der Mitglieder-

Zahl der freien Gewerkschaften aufweisen, sowie die nicht organisierten Arbeitslosen, deren Zahl sehr erheblich sein muß. Sehen wir doch aus der Mitteilung des Magistrats, daß er an Nichtorganisierte fast doppelt soviel gezahlt hat als an die Organisierten.

Hieraus folgt allerdings nicht, daß die Zahl der nicht organisierten Arbeitslosen fast doppelt so groß ist wie die Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder, denn der städtische Zuschuß, welchen diese erhielten, war wohl in den meisten Fällen geringer als die Sätze von 4 M. für Ledige und 5 M. für Verheiratete, welche diejenigen erhielten, die keine gewerkschaftliche Unterstützung bezogen. Man darf aber wohl annehmen, daß die Nichtorganisierten mindestens eine ebenso große Zahl Arbeitslose stellen wie die Gewerkschaften. Demnach würden wir in Groß-Berlin am 29. November wenigstens 50 000 Arbeitslose gehabt haben, und wenn die Zahl seitdem in demselben Verhältnis zurückgegangen sein sollte wie vordem, so hätten wir jetzt noch 35 000 bis 40 000 Arbeitslose in Groß-Berlin. Das mag im Rahmen der heutigen Wirtschaftsordnung als ein nicht besonders ungünstiges Verhältnis gelten, aber für die Tausende, die unter der Arbeitslosigkeit leiden — besonders sind es die Angehörigen der Holzindustrie, des Baugewerbes, der graphischen Berufe, der Zulieferindustrie — ist das kein Trost. Das Vorhandensein einer so großen Zahl von Arbeitslosen zu einer Zeit, wo viele Berufsweige infolge von Seeresarbeiten Konjunktur haben, ist eine Mahnung an die Gesellschaft, die soziale Fürsorge, welche aus der Kriegsnot geboren wurde, nicht als eine vorübergehende Einrichtung zu betrachten, sondern sie zu einer dauernden Institution zu machen.

Die gesetzliche Arbeitslosenunterstützung aus öffentlichen Mitteln muß kommen. Die Ansätze dazu, welche in den Ausschüssen der Gemeinden gegeben sind, haben gezeigt, daß sie durchführbar ist und daß sie am besten unter Mitwirkung der Gewerkschaften durchgeführt werden kann. Die Gewerkschaften bieten eine zuverlässige Garantie für die Kontrolle der Arbeitslosen, denn ihre Mitglieder besuchen die Kontrollstellen nicht nur wegen der Unterstützung, sondern in erster Linie wegen der Arbeitsvermittlung. Die Listen der Arbeitsnachweise sind sichere Beweismittel dafür, daß wirklich Arbeitslosigkeit vorliegt. Anders ist es bei den Unorganisierten. Wir wollen durchaus nicht sagen, daß man ihnen ohne Ausnahme zu vertrauen kann, sie würden sich unbedingterweise in den Genuß von Unterstützungen setzen, aber das haben die Erfahrungen der letzten Wochen bewiesen: die Unorganisierten wollen zwar die Unterstützung haben, aber daß sie sich einer regelmäßigen Kontrolle unterziehen müssen, davon wollen sie nichts wissen. Wer ist übrigens sicher, daß ein Unorganisierter, der ja nicht gehalten ist, längere Zeit als die Abstempelung seiner Kontrollkarte erfordert, auf dem Arbeitsnachweis zu verweilen, nicht nach Erledigung der Kontrolle sich an die Arbeit setzt und am nächsten Tage wieder eine Stunde für die Kontrolle opfert? Bei den Arbeitern und Arbeiterinnen der Heimindustrie, die wahrscheinlich den größten Teil zu den nur von der Stadt unterstützten Arbeitslosen stellen, gibt es, sofern sie keiner Gewerkschaft angehören, keine Möglichkeit einer unbedingten sicheren Kontrolle. Nur die Gewerkschaften können ihre Mitglieder unbedingt zuverlässig kontrollieren.

Sehr lehrreich ist die Tabelle der Gewerkschaftskommission insofern, als sie zeigt, in wie hohem Maße die Gewerkschaften die Stadt Berlin finanziell entlastet haben. Durch die jetzige Gewährung von Arbeitslosenunterstützung hat ja die Stadt zugegeben, daß die Pflege dieses Unterstützungsweiges eine soziale Pflicht der Allgemeinheit ist. Nun sehen wir, daß die Stadt in 13 Wochen 234 257 M. mehr an die Arbeitslosen hätte zahlen müssen, wenn es keine gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung gäbe und die Stadt deshalb jedem Arbeitslosen ohne Ausnahme den Durchschnittssatz von 4,50 M. hätte zahlen müssen. Wer kann angesichts dieser gewerkschaftlichen Leistungen noch die so oft aufgestellte Behauptung wiederholen, die Arbeiter täten besser, wenn sie die Gewerkschaftsbeiträge sparten. Die Summe von rund 926 000 M., welche die Stadt Berlin denen zahlte, welche keine gewerkschaftlichen Beiträge leisteten und deshalb keine gewerkschaftlichen Unterstützungen erhielten, ist eine treffende Widerlegung der gewerkschaftsfeindlichen Redereien. Die Unorganisierten haben zwar die Gewerkschaftsbeiträge „gespart“, dafür aber der Stadt Berlin doppelt soviel gekostet als die Gewerkschaftsmitglieder. Das darf nicht vergessen werden.

Wenn die Gewerkschaften Groß-Berlins in 13 Wochen 1 872 370 M. an ihre Arbeitslosen gezahlt haben, so ist das eine anerkennenswerte soziale Leistung. Wie das Verhältnis zwischen den von den Gewerkschaften und den von den Ortsgemeinden aufgewandten Unterstützungssummen ist, konnte nicht festgestellt werden, weil die Gemeindeunterstützungen in den Vororten sehr verschieden sind und sich nur zum Teil an die gewerkschaftlichen Unterstützungen anlehnen. Bezüglich der Stadt Berlin ist noch zu sagen, daß sie, wie die Mitteilung des Magistrats besagt, als Zuschuß an Gewerkschaftsmitglieder 506 189 M. gezahlt hat, während die Tabelle der Gewerkschaftskommission nur 482 313 M. angibt. Das erklärt sich so: das Mehr von 28 876 M. in dem Magistratsbericht kommt auf die Organisationen, welche der Gewerkschaftskommission nicht angeschlossen sind: Strich-Dunkersche und Christliche sowie verschiedene Handlungsgewerkschaften und Angestelltenvereine, im ganzen 12 Organisationen, die, nach dem Verhältnis der städtischen Unterstützungssummen berechnet, alle zusammen nicht ganz 5 Proz. der Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften haben. Auch ein Beweis dafür, daß die freien Gewerkschaften in ihrer Bedeutung für die praktische soziale Fürsorge allen anderen Organisationen weit überlegen sind.

### Berlin und Umgegend.

Die Situation im Malergewerbe war in den ersten Wochen des Krieges äußerst unglücklich. Die Banik, welche der Kriegsausbruch veranlaßte, hatte die Arbeitgeber ergriffen und viele derselben waren so kopflos geworden, daß sie die angefangenen Arbeiten liegen ließen, in der Meinung, sie würden infolge des Kriegszustandes keine Vergütung erhalten. Nach und nach trat jedoch die ruhige Überlegung wieder in ihre Rechte, die Arbeiten wurden wieder aufgenommen und die außerordentlich große Arbeitslosigkeit ließ nach. Immerhin war sie noch so stark, daß sich der Hauptverband veranlaßt sah, für die Zeit des außergewöhnlichen Notstandes eine Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Wie am Dienstag in der Mitgliederversammlung der Filiale Berlin ausgeführt wurde, hat der Verband diese Leistung durchzuführen können trotz der schweren finanziellen Opfer, die er bei der vorjährigen Lohnbewegung bringen mußte. Bis Mitte September lag der Malerberuf fast völlig brach. Da sich die Verhältnisse seitdem gebessert und ein Teil der Arbeitslosen in

anderen Berufen Beschäftigung gefunden hat, konnte der Vorstand die Aufhebung der Notstandsunterstützung für den 18. Dezember und die Auszahlung einer Weihnachtunterstützung beschließen. Die Einzelheiten dieser Unterstützung — die wir bereits in Nr. 33 des „Vorwärts“ mitgeteilt haben — wurden der Versammlung vom Vorsitzenden Miez vorgelesen und debattiert entgegengenommen. Ferner hatte die Versammlung eine Ertragswahl vorzunehmen für das dem Heere angehörende, zurzeit schwer verwundete Vorstands- und Beiratsmitglied Bischoff. Gewählt wurde Bail in den Beirat, Kaiser in den Vorstand und Man als Ertragsmann zum Beirat anstelle des im Felde stehenden Kollegen Clajuz.

### Deutsches Reich.

#### Gewerkschaftlerfrauen.

Wir berichteten bereits mehrfach über das wätere Verhalten von Gewerkschaftlerfrauen, wie es aus Anlaß des gegenwärtigen Weltkrieges zutage trat. Der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker kann den schon festgestellten Fällen einen neuen hinzufügen. Eine einfaches Buchdruckerin hat in Breslau die ihr angemessene Unterstützung aus Ortsvereinsmitteln laufend abgelehnt. Dieses Schreiben gehört auch zu den Zeugnissen dieser Zeit, von denen man mit Hochachtung sprechen kann. Es lautet in der Hauptsache:

Auf Wunsch meines Mannes überlebe ich mit herzlichem Dank an den Verband die mir gütig gewährte einmalige Unterstützung zurück. Nach genauer Prüfung unserer Verhältnisse sind wir zu der Überzeugung gelangt, daß es unter Umständen bedauerlichere Kollegen gibt, und wäre es daher ein Unrecht, wenn diese hierdurch gestützt wären.

#### Arbeitslosenunterstützung in Würzburg.

Nachdem die sozialdemokratischen Anträge auf Einführung der städtischen Arbeitslosenversicherung zweimal abgelehnt worden waren, hatten unsere Genossen jetzt endlich trotz liberal-sentrums-parteilicher Schwierigkeiten Erfolg. Die Arbeitslosenunterstützung ist beschlossen. Die Satzungen sehen eine Vorunterstützung für alle Arbeitslosen, die schon vor dem 1. Januar 1914 am Orte wohnhaft waren, vor, und zwar 50 Pf. für erwachsene männliche Arbeiter, 40 Pf. für deren Ehefrau und 20 Pf. für jedes Kind unter 15 Jahren, ferner 50 Pf. für erwerbsfähige Frauen und Mädchen über 15 Jahren und 40 Pf. für erwerbsfähige junge Leute beiderlei Geschlechts zwischen 15 und 18 Jahren. Die Unterstützung wird für 7 Tage in der Woche, also auch für Sonn- und Feiertage bezahlt. Der Höchstbetrag der Unterstützung ist für eine Familie 2 M. pro Tag und 14 M. pro Woche. Die Unterstützungen von Gewerkschaften werden auf die städtische Unterstützung zur Hälfte angerechnet. Eine Begrenzung der Unterstützungsdauer ist nicht vorgesehen. Die Unterstützung wird nach einer sechswöchigen Karenzzeit gewährt. Die Kosten betragen monatlich etwa 7000 M.

#### Ausland.

**Gewerkschaftsjubiläum.** Der Reichsverein der Buchdruckerei- und Zeitungsgewerkschaften Österreichs feierte kürzlich den 25-jährigen Bestand der ersten Organisation in diesem Berufe. In weitaus zufriedenstellender Art die Organisation während ihres 25-jährigen Bestandes sich entwickelt hat, davon geben die aus Anlaß dieses Jubiläums im Fachblatt genannten Zahlen deutlich Kunde. Im Jahre 1889, unmittelbar nach der Gründung, gehörten ihr 106 Mitglieder an, am Ende des Jahres 1913 wurden 2191 gezählt. Die Einnahmen stiegen vom Jahre 1890, dem ersten vollen Vereinsjahr, von 1744 M. auf 45 619 M. im Jahre 1913. Und die Ausgaben, lediglich für Unterstützungen, erhöhten sich in der gleichen Zeit von 697 M. auf 27 845 M. Die Gesamteinnahmen seit der Gründung bis zum Ende des Jahres betragen 404 808 M., die Ausgaben für Unterstützungswecke 214 397 M. Mehr als die Hälfte aller Einnahmen wurden an die Mitglieder in Form von Unterstützungen zurückgezahlt. Rechnet man nun noch die sehr weitgehenden Besserungen der Arbeitsverhältnisse hinzu, welche die Organisation für die Mitglieder errang, so kann man ermessen, was sie für diese bedeutet.

## Aus Industrie und Handel.

#### Petroleumnot in Berlin.

In Berlin macht sich gegenwärtig besonders in den von der ärmeren Bevölkerung bewohnten Stadtteilen eine recht fühlbare Petroleumnot bemerkbar. Betsach ist das Petroleum überhaupt nicht zu beschaffen. Der Verein der Berliner Kolonialwarenhändler, der sich mit diesen Mängeln befaßt, stellte fest, daß die Petroleumgesellschaften bei der Abgabe von Petroleum bestimmte Geschäfte bevorzugen, die ihrerseits wieder dem Publikum nur dann Petroleum abgeben, wenn gleichzeitig auch andere Waren gekauft werden. Eine weitere Feststellung ging dahin, daß die Petroleumvorräte noch auf Jahre hinaus reichen, daß die Gesellschaften aber absichtlich mit dem Verkauf zurückhalten. Diesem Zustande wird nun wohl seitens der zuständigen Behörde ein Ende bereitet werden. Wolffs Telegraphenbureau meldet amtlich: Wie wir hören, werden auf dem Mineralölmarkt aus spekulativen Rücksichten Bestände zurückgehalten. In diesem Falle wird die Reichsverwaltung nicht zögern, durch Aufnahme einer Vorratserhebung mit Deklarationszwang und Beschlagnahme der Bestände einem solchen Treiben ein Ende zu machen.

Diese Maßnahme wäre natürlich zu begrüßen. Notwendig wäre aber auch ein Eingreifen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung.

## Soziales.

#### Zehn Mark Monatsgehalt für eine Krankenpflegerin.

Die traurige Lage vieler Krankenpflegerinnen fand eine kräftige Beleuchtung in einer Verhandlung, die dieser Tage vor dem Charlottenburger Gewerbegericht stattfand. Es lagte dort eine Pflegerin gegen das Charlottenburger „Schwesternheim“ auf Zahlung von 36 M. Gehalt.

Die Klägerin war vor dem Kriege gegen ein Monatsgehalt von 30 M. mit 14tägiger Kündigungsfrist angestellt, an Ruheentgelt erhielt sie außerdem freien Kost und Wohnung. Bei Kriegsausbruch wurde von den Schwestern verlangt, sie sollten für ein Drittel des bisherigen Gehalts weiterarbeiten. Wie die Leitung des „Schwesternheims“ behauptete, wären alle Schwestern, einschließlich der Klägerin, damit einverstanden gewesen. Letztere bestritt jedoch, zu der Gehaltsverminderung ihre Zustimmung gegeben zu haben. Sie verlangte das Gehalt vom 1. August bis zum 6. September, dem Tage der Auflösung des Dienstverhältnisses, und zwar unter Berechnung des vollen Monatsgehaltes.

Das Gewerbegericht verurteilte das „Schwesternheim“ zur Zahlung des geforderten vollen Gehaltes. Es könne, so heißt es in der Begründung, ganz dahingestellt bleiben, ob die Vereinbarung vorliegt oder nicht. Denn eine etwa getroffene Abrede im Sinne der Beklagten sei nach § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches als nichtig anzusehen; sie würde gegen das Anstandsgefühl aller Ehrbar, billig und gerecht Denkenden verstoßen, das Gehalt einer Angestellten, die eine so schwere und aufopferungsvolle Tätigkeit auszuüben hat, auf ein Drittel zu kürzen und von 30 M. auf 10 M. zu setzen. Sod die Klägerin wirklich dazu ihr Einverständnis, so tat sie das nur aus Not.

§ 138 B.G.B., der bestimmt: „Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig“, ist wiederholt gegen Hungerlöhne in Anwendung gebracht.

#### 6½ Pfennig Stundenlohn.

30 Stunden Mehrarbeit für zwei Mark mutet das Berliner Nachwach-Institut des Grundbesitzervereins seinen Wählern zu.

Ein Wähler, der gestern vor dem Gewerbegericht eine angemessene Entschädigung für seine Mehrarbeit im Monat November forderte, bekam seinen Anspruch auf 30 Stunden a 40 Pf. gleich 12 M. Die besagte Firma wendete ein, der Kläger habe schon im Oktober die Mehrarbeit geleistet, bei der damaligen Lohnzahlung aber keine Ansprüche gestellt, woraus sein Einverständnis zu erkennen sei. Der Kläger dagegen behauptete, die Unzufriedenheit sei eine allgemeine gewesen. Dem Vorstand sei das auch nicht unbekannt geblieben. Er bildete dann eine Kommission. Diese habe sich schließlich mit der oben dargelegten Regelung einverstanden erklärt. Erst jetzt habe er, der Kläger, geglaubt, für seine Person vorgehen zu dürfen und habe das bei der Lohnzahlung im November getan. Deshalb fordere er auch nur für diesen Monat Bezahlung der Mehrarbeiten.

Das Gericht sprach dem Kläger durch Urteil den geforderten Betrag zu. Die Firma habe gewagt, daß die Wähler nicht einverstanden waren und deshalb konnte die Vereinbarung auch nicht als zustande gekommen angesehen werden. Die nächste Lohnzahlung war für den Kläger der geeignete Zeitpunkt, seine Mehrarbeitsansprüche geltend zu machen. Die geforderte Bezahlung der Mehrarbeiten sei mit 12 M. als angemessen zu betrachten.

Bemerkenswert sei noch, daß der Kläger bei täglich circa 12 Stunden Dienst noch über siebenjähriger Dienstzeit ganze 90 M. Gehalt im Monat bezog.

## Berichtszeitung.

#### Räumungsklage eines Hauseigentümers.

Eine eigenartige Auffassung von den Rechten der Kriegsteilnehmer scheint der Rentier Abramowitsch zu haben, der Eigentümer der Häuser Bayreuther Straße 45, Manteuffelstraße 106/7 und Ruslauer Straße 16 ist. Der Rentier Witt hat in dem Hause Manteuffelstraße 106 einen Laden und die dazugehörige Wohnung gemietet. Die Ehefrau hat den Vertrag unterschrieben. Der Witt drängte die Frau, sie solle den Laden freigeben. Die Frau lehnte das ab, da der Laden mit der Wohnung zusammenhängt und ihr Mann ihr erklärt hatte, sie solle unter keinen Umständen den Laden freigeben, damit er nach seiner Rückkehr sein Gewerbe wieder ausüben könne. Wenn der Witt einen anderen in den Laden setze, so gehe die Kundenschaft verloren. Von der Frau verlangte der Rentier, sie solle die Hälfte der Kriegsteilnehmer als Miete an ihn zahlen. Ein andermal erklärte er, er habe dafür gesorgt, daß die Frau keine Mieteunterstützung von der Stadt erhalte. Als die Frau dem fortwährenden Drängen, den Laden dem Witt zu überlassen, nicht nachgeben wollte, lud der Kläger sie zunächst zu einem „Sühneterrain“ nach dem Amtsgericht. In dem Terrain kam die Frau so gut wie gar nicht zu Wort. Wegen der Behandlung, die ihr im Terrain zuteil wurde, hat sie Beschwerde eingelegt.

Sod darauf klagte der Hauseigentümer Abramowitsch durch den Rechtsanwalt Wilhelm Walter Klage auf Räumung des Mietlokals nebst Wohnung an. Infolge ihrer früheren Erfahrungen in dem „Sühneterrain“ hat die Frau den Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg, ihre und ihres Mannes Rechte wahrzunehmen. In der jetzt stattgefundenen mündlichen Verhandlung vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte legte der Vertreter der Beklagten in eingehenden juristischen Ausführungen dar, daß nach dem Sinne und Zweck der Kriegsgesetze und unter Berücksichtigung des sittlichen Beweises der Ehe eine Klage gegen die Ehefrau eines Kriegsteilnehmers auf Räumung unzulässig sei. Die Beklagte bewohne nicht nur auf Grund ihres eigenen Mietrechtes, sondern in erster Linie auf Grund des Mietrechtes ihres Ehemannes die Wohnung. Er wies auf die unangenehmen Folgen hin, die es haben müßte, wenn es möglich wäre, gegen die Ehefrauen der Kriegsteilnehmer mit Räumungsklagen vorzugehen.

Der Vertreter des Klägers trug demgegenüber die bekannten, mit den juristischen und moralischen Gesetzen unvereinbaren Anschuldigungen gewisser Hausbesitzer vor. Seiner Ansicht nach berühre das Recht und die Pflicht der Ehefrau, die Wohnung des Mannes zu teilen, nur das innere Verhältnis zwischen den Ehegatten.

Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Vertreters der Beklagten an und wies die Räumungsklage mit Recht kostenpflichtig ab.

#### Ein Schwindler als Flüchtling.

Unter der Maske eines ostpreussischen Flüchtlings hat der 33jährige Arbeiter Julius Steinbacher, der gestern der 1. Strafkammer des Landgerichts III vorgeführt wurde, die Hilfsbereitschaft mildtätiger Menschen in der unterstämtesten Weise ausgenutzt. Der Angeklagte, der äußerlich einen durchaus vertrauen erweckenden Eindruck macht, hat schon verschiedene Jahre seines Lebens in Zuchthäusern zugebracht. Er stammt aus Ostpreußen und hat sich seine Kenntnis der dortigen Verhältnisse in schwindelhafter Weise zunutze gemacht.

Ein flüchtiger Rechtsanwalt, der sich zur Aufnahme zweier preussischer Flüchtlinge bereit erklärt hatte, erhielt eines Tags im September von der Fürsorgestelle für die ostpreussischen Flüchtlinge die Anfrage, ob er bereit sei, zu dem ostpreussischen Lehrer, den er bereits beherbergt, noch einen Flüchtling zu übernehmen. Hingugefügt wurde: „es handle sich um einen ganz besonders traurigen Fall, um einen Waise, der all sein Hab und Gut verloren habe.“ Auf die telephonische Rückfrage, „ob der Herr auch einwandfrei legitimiert sei?“ erfolgte nach der Befragung des Jungen die Antwort: „Ja wohl, hier sind Herren, die ihn schon jahrelang kennen.“ So schien alles in Ordnung, Steinbacher, der nebenbei großes schauspielerisches Talent besitzt und sogar nach Bedarf wirkliche Tränen rollen lassen kann, kam als Pfingling zu dem Rechtsanwalt, wo er als „flüchtiger Waise aus Ostpreußen“ herzlich aufgenommen und fünf Tage hindurch bestens versorgt und mit Unterkleider ausgestattet wurde. Er erzählte eine furchtbare wehleidige Geschichte: Danach seien russische Kosakenherden eines Nachts in sein Dorf gekommen, hätten geplündert und auch sein Gehöft in Brand gesteckt. Vor Schreck sei seine Frau plötzlich tot umgefallen. Er selbst sei geflohen, habe sich mehrere Tage und Nächte im Walde herumgetrieben, und als dann die Kosaken wieder abgezogen, habe er sein schuldnerisches Verhältniß durch Feuer zerstört und unter den Trümmern den verbliebenen Leichnam seiner Frau vorgefunden. Aber das schlimmste Los des armen, wehleidigen Waisen war damit noch nicht erschöpft: Gines Morgens teilte der zweite, von dem Rechtsanwalt beherbergte Flüchtling mit, daß dem Steinbacher eine furchtbare Mitteilung geworden sein solle: ein Landsmann, den er zufällig in Berlin getroffen, habe ihm nämlich — nach seiner Angabe — mitgeteilt, daß sein ältester Sohn, der im Felde stehe, bei Verdun gefallen und sein zweiter Sohn aus Verzweiflung über die schweren Schicksalschläge trübsinnig geworden sei. Es wurde als sehr begreiflich angesehen, daß der fast verzweifelte Mann die Sehnsucht hatte, so schnell wie möglich nach Hause reisen zu können. Und da war es wieder der mildtätige Rechtsanwalt, der sich bereit erklärte, dem E. 300 M. gegen einen Schuldchein vorzuschießen, nachdem dieser noch bestimmte Angaben über seine angeblichen Verwandten gemacht hatte.

Als E. dann plötzlich ohne Abschied verschwunden war und

einige Telegramme an die Verwandten als „unbestimmbar“ zurückgekommen waren, war es klar, daß der so bedauerte „Fiskalrat“ ein dreifacher Schwindler war. Er wurde später im Oldenburgischen festgenommen, wo er einen Diebstahl begangen hatte. Der Staatsanwalt beantragte 2 Jahre Zuchthaus. Das Gericht ging aber mit Rücksicht auf die bodenlose Dreistigkeit und Gemeinheit, die der Angeklagte an den Tag gelegt, über den Antrag weit hinaus und erliefte auf fünf Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust und 300 M. Geldstrafe.

## Kleine Nachrichten.

### Grubenkatastrophe in Japan.

Das Bureau Reuters meldet aus Tokio, daß in Fukuoka 800 Bergarbeiter infolge einer Minenerplosion verschüttet wurden. Nähere Einzelheiten über das Unglück liegen bis zur Stunde noch nicht vor.

### Ganz was Feines.

Für Feinschmied, die auch in der jetzigen blutig-ernsten Zeit ihrem gewohnten Lebensgenuss nicht entsagen wollen, bringt die Wiener „Neue Freie Presse“ in ihrer Nummer vom 13. Dezember folgende Angebote:

Ein reifes Weib von hoher Innen- und Außenkultur mit tiefem Geistes- und Seelenleben, das kampfstark im Alltag steht, sucht Korrespondenz mit nur geistig hochstehendem, vornehm denkendem, älterem Herrn (am liebsten fünfziger). Gefällige Offerten unter „Mein Wille ist mein Schicksal“ an das Anknüpfungsbureau dieses Blattes.

Einsames liebes Weib, Mitte Dreißig, erhebt brieflichen Gedankenaustausch mit nur vornehmer Persönlichkeit. Unter Chiffre „Endlich nicht allein 85“ an das Anknüpfungsbureau dieses Blattes.

Die Liebe hütet nimmer auf — auch in Kriegszeiten nicht bei reifen Weibern „von hoher Innen- und Außenkultur“.

### Ein frommer Mann über den Krieg.

Dem Geburtstagsbriefe eines frommen Mannes an seine Nichte entnehmen wir die folgende Stelle über die Ursachen des Krieges: „Der Krieg ist schon ein Weltgericht und wir können nicht mal sagen, daß er nicht nötig gewesen wäre. Die Menschen waren

zu verzagt und blasiert und lebte ja meistens ohne Nachdenken in den Tag hinein, nur auf Geschäft und Vergnügen bedacht. Durch diese Katastrophe werden viele Menschen auf andere, bessere, ernstere Gedanken gebracht. Wir merken es jetzt schon allenthalben und werden es erst merken nach dem Krieg, denn Rot lehrt beten, das hört man aus so vielen Feldpostbriefen heraus. Und die in der Not dieses Krieges zu einer ernsteren Auffassung ihres Lebens gekommen sind, werden später dabei bleiben. Unser Herrgott hält durch den Krieg mal eine kleine Ansprache an die Menschen und zeigt ihnen mal, was sie in Wirklichkeit sind.“

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lützenstr. 3, IV. Hof rechts, barriere, am Montag bis Freitag von 3 bis 6 Uhr, am Sonnabend von 3 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsauskunft beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Anfragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

**H. R. 4.** Die Einzelheiten sind uns nicht mitgeteilt. Eventuelle Auskunft erhalten Sie beim Verband der Schneider, Sebaltsstr. 37-38.  
**H. R. 39.** Sie können ruhig dorthin adressieren und können sich auch auf dem Postamt darüber Sicherheit verschaffen.  
**H. R. 1.** Wir können Ihnen leider hierbei nicht behilflich sein. Vielleicht bemühen Sie sich zum Metallarbeiterverband, Minierstr. 88-89.  
**H. R. 144.** Auch die Kriegsgesetzten haben Anspruch auf Unterstützung. Im Falle des Todes erhält die Witwe eines gemeinen Soldaten 400 M. jährlich. — **H. R. 1901.** Die Feiern haben keine Bedeutung.  
**H. R. 34.** Der Mann hat für den Vertrag, wenn er aus dem Felde zurückkehrt. Beweisen Sie die Kündigung der Wohnung durch den Ehemann. — **H. R. 88.** Wegen geringerer Abweichung der Arbeitsschule zurückgestellt. — **H. R. 51.** 1. Wegen Unterleibsbrühen landsturm-pflichtig. 2. Wegen chronischer Leiden der Unterleibsorgane dienstuntauglich.  
**H. R. 1000.** 1. Der Wirt kann auf Erfüllung des Vertrages klagen. 2. An Privatpersonen nicht. — **H. R. 20.** Wegen chronischer Leiden der Unterleibsorgane dienstuntauglich. — **H. R. 100.** Das entscheidet die Militärbehörde. — **H. R. 29.** Das Leiden kann sich gebessert haben, melden Sie sich beim Bezirkskommando. — **H. R. 206.** Sie können event. Klage beim Amtsgericht auf Lösung des Vertrages erheben. — **H. R. 49.** Ja. — **H. R. 71.** Der monatlich 125 M. übersteigende Verdienst kann gepfändet werden. — **H. R. 45.** Das kommt auf die Entscheidung des Militärarztes an. — **H. R. 96.** Herzkrank; aber noch diensttauglich. — **H. R. 111.** Schriftliche oder mündliche Mahnung unterbricht die Verjährung nicht. Schreiben Sie die Schuld durch Zahlungsbefehl ein. — **H. R. 96.** Sie hatten für den Schaden. — **H. R. 49.** Besser ist es, er meldet sich. — **H. R. 555.** Melden Sie Ihre Ansprüche beim Landratsamt an. Unterstützungsgewähr der Vaterländische Frauenverein, Volksgeliebtenweg, Zimmer 144. — **H. R. 27.** 1. Wein. 2. Gelbfirale bis zu 300 M. oder Gefängnis bis zu drei Monaten. 3. In drei Jahren von dem Tage an,

an dem die Handlung begangen ist. — **H. R. 20.** 1. Beantragen Sie Erstattung der Steuern. 2. Wenden Sie sich an das Kriegsministerium, Dorotheenstr. 48. — **H. R. 21.** Durch die Unterstellung Ihrer Oberkaufleute Sie beide für den Vertrag. — **H. R. 90.** Der Erfolg ist zweifelhaft. — **H. R. 19.** Der Mann hätte für einen Monat noch Gehalt zu beanspruchen; darüber hinaus erscheint uns der Anspruch nicht begründet. — **H. R. 32.** Sie haben keinen Anspruch auf Wochenbeihilfe. — **H. R. 47.** Wenn der Ehemann 6 Wochen ununterbrochen oder 26 Wochen (nicht zusammenhängend) vor Beginn der Kriegsteilnahme Mitglied einer Krankenkasse war, so hat die Frau Anspruch auf Wochenlohn und Entgelt vom 3. Dezember ab bei der Kasse, der der Mann angehört hat. — **H. R. 23.** 1. Für Unterhaltsgelder des unehelichen Kindes können Unfallrenten gepfändet werden. 2. Ja. — **H. R. 10.** Von einer Weihnachtsbescherung der Kinder von Kriegern aus städtischen Mitteln ist uns nichts bekannt. — **H. R. 283.** Wahrscheinlich 11. 2. wegen Festlichkeit untauglich. — **H. R. 99.** Der Wirt kann Eideinhalten, sie aber während des Krieges nicht verlangen. — **H. R. 3. C. 37.** Der Ehemann hat als Erbe Anspruch auf die Eide. — **H. R. 3.** Eine Klage scheint nicht aussichtslos zu sein. — **H. R. 89.** 11. 27. Lungentumor, 11. 49. Herzkrank. Sie werden wahrscheinlich nicht mehr eingezogen. Lassen Sie sich eine Bescheinigung von der Firma ausstellen. — **H. R. 49.** 1. Derzentr. 2. Nein. 3. Das ist möglich. — **H. R. 110.** Die Feiern haben keine Bedeutung. — **H. R. 26.** In 30 Jahren. — **H. R. 15.** Wegen Kurzsichtigkeit dauernd untauglich. — **H. R. 26.** 1. Nein. 2. Eine Klage erscheint uns aussichtslos; sie wäre zuständig je nach der Höhe des Objekts beim Amtsgericht oder Landgericht in Leipzig. 3. Die Eltern.

**Amlicher Marktbericht** der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Obere Verbindlichkeit.) Mittwoch, den 16. Dezember. Fleisch: Rindfleisch bei 50 kg. Ochsenfleisch Ia 88-95, da. Ia 80-85, da. IIIa 73-79; Bullenfleisch Ia 82-87, da. Ia 72-78; Mähe, fett 62-66, da. mager 45-49; Ferkel 62-70, Ferkel, dänische, 46-52, Bullen, dänische, 60-70; Kalbfleisch: Doppellender 125-135; Rastfäher Ia 88-100, da. Ia 75-87; Hammelfleisch: Rastkammer 75-86; Hammel Ia 80-74, da. Ia 64-68; Schaf 63-68; Schweinefleisch: Schweine fetter 78-83, lammige 67-76; G e m e i n e, inländisches: Kartoffeln, Daberische 50 kg 3,75; weiße Kartoffeln 3,50; Magnum bonum 3,75; Voltmann 3,50-3,75; Borner, Schod 0,70-1,00; Sellerie, Schod 3,50-6,00; Spinat 50 kg 10,00-18,00; Kohlraben 2,00-3,00; Rohlrei Schod 1,00; Wirsingföhl Schod 4,00-10,00; Wirsingföhl 50 kg 3,50-4,50; Weizföhl Schod 3,00-8,00; Weizföhl 50 kg 2,50-3,50; Rohlrei, Schod 4,00-10,00; Rohlrei 50 kg 3,50 bis 4,50; Grünföhl 50 kg 3,00-3,50; Rohlrei 50 kg 3,50-5,00; Leitener Rübchen 50 kg 12,00-16,00, Rastfäher 50 kg 3,00-10,00; Baumföhl, Erlanger, 100 St. 0,00-0,00, Rohlrei 50 kg 15,00-22,00, Weizföhl Schod 5,00-12,00, Peterflümmel Schod 1,00-3,00; Rohlrei Schod 0,00-0,00; Zwiebeln 50 kg 7,50-8,50; Stroh 50 kg 6,00-7,00. — Apfelsinen: italienische 50 kg 10,00-12,00, dito 200 St. 9,00-11,00, 300 St. 10,00-11,00, Murcia 200 St. 15,00-18,00, dito 300 St. 15,00-18,00, Weizföhl 160 St. 11,00-12,00, 200 St. 10,00 bis 11,00, 300 St. 10,00-11,00.

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitagmittag:** Noch überall ziemlich mild, zeitweise heiter, jedoch sehr unbeständig mit öfter wiederholten, im Südwesten vielfach starken, sonst schwächeren Regenschüben.

## Blutarme u. Kranke

trinken während der Rekonvaleszenz feurig süßen

## Santa Lucia

Stärkungs-Fl. 1.50 Nachahmung, bitte zurückzuweisen. Rotwein u. 2.—. Käuf in Apotheken, Drogerien u. Deitkat.-Gesch.

### Theater für Donnerstag, 17. Dezbr.

**Berliner Theater**  
8 Uhr: „Extrablätter!“

**Deutsches Künstler-Th.**  
8 Uhr: **Jugend.**

**Deutsches Opernhaus, Charlottenb.**  
8 Uhr: **Fra Diavolo.**

**Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.**  
Geschlossen.

**Geb. Herrfeld-Theater**  
8 Uhr: **So leben wir!**

**Kleines Theater**  
8 Uhr: Wohltätigkeitsvorstellung **Bunter Abend.**

**Komödienhaus**  
8 Uhr: **Wie einst im Mai.**

**Lessing-Theater**  
8 Uhr: **Jugendfreunde.**

**Lustspielhaus**  
8 1/2 U.: **Wolkenreiter.**

**Residenz-Theater**  
8 Uhr: **Krümel vor Paris.**

**Rose-Theater**  
8 Uhr: **Mit vollen Segeln.**

**Schiller-Theater O.**  
8 Uhr: **Die Neuvermählten. Amphitryon.**

**Schiller-Th. Charlottenabg.**  
8 Uhr: **Der Seeräuber.**

**Thalia-Theater**  
8 Uhr: **Kam'rad Männe.**

**Theater am Nollendorferpl.**  
8 1/2 U.: **Immer feste druff!**  
Mittw., Sonnabend, Sonntag nachm. **Aschenbrödel.**

**Theater a. d. Weidendammerbrücke.**  
6 1/2 Uhr: **Heimat.**  
Sonnt. 3 1/2 Uhr: **Vater zieht ins Feld.**

**Theater des Westens.**  
8 Uhr: **Polenblut.**

**Theater in d. Königgrätzer Straße.**  
8 Uhr: **Königin Christine.**

**Volkshäuser (Montis-Operantenth.)**  
8 1/2 U.: **Die vier Gewinner.**

**Walhalla-Theater**  
8 Uhr: **Die Förster-Christl.**

**URANIA Taubenstr.**  
48/49.  
4 Uhr (Halbe Preise):  
**Die Weichsel und die masur. Seen.**  
Abends 8 Uhr:  
**Auf den Schlachtfeldern Ostpreußens.**

**Carmen Sylva-Cigaretten**  
Trastfrei!

**Glumen- und Franzbinderri von Robert Meyer.**  
Inh.: P. Golletz  
Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 348

### Zirkus Alb. Schumann.

Heute abend 7 1/2 Uhr:  
**Gr. equestr. Vorstellung**  
Kleine Preise.

Auftreten der  
**Gedr. Ernst u. Oskar Schumann**  
mit ihren neuesten Schul- und Freiheitsdressuren.

**Bolero, spanischer Reitakt.**  
Herz. phän. Kapriolenreiter.  
Der Zwölfserzug **Rappen** usw. —  
Auftreten der 4 **Arconis**. —  
4 **Salvans**, Kunsttraher. —  
Der **Wunder-Elefant „Jumbo“**  
und die übrigen Kunstkräfte.

**WINTERGARTEN**

**Ferdinand Bonn**  
sowie der von  
Publikum und Presse  
**glänzend beurteilte**  
**Dezember-Spielplan.**  
Kleine Preise!  
Sonntag, 20. Dez.  
nachmitt. 3 Uhr Vorstellung  
Kinder nachmittags  
halbe Preise.  
Ungekürztes Programm!

**Voigt-Theater.**  
Badstr. 58. Badstr. 58.  
Donnerstag, den 17. Dezember 1914:  
**Die Schule des Lebens.**  
Schauspiel in 5 Aufz. v. Ernst Raupach.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

**Casino-Theater.**  
Lotharinger Straße 37. Täglich 8 Uhr.  
**Wieder ein neuer Schläger!**  
Der größte Erfolg seit Belshazzar!  
**Durch Dick und Dünn.**  
Dazu erstklassige Spezialitäten.  
Der Vorkauf für die Feiertage  
ist eröffnet.  
Sonntag 4 Uhr: „Friede auf Erden“

**Theater Folies-Caprice**  
8 1/2 U. **Possen-Theater** 8 1/2 U.  
**Leutnantenfenster.**  
**Fest steht und tren...**  
**Landwehrlente.**  
**Martin Keitner a. G.**  
8 1/2 U. **Trianon-Theater** 8 1/2 U.  
**Alwin Neuß** in „Selbst gerichtet“  
„Erstklassige Briketts“  
**M.S. 50 f. 1000 Stück.**  
Rissenformat 7, Halbbalino  
85 Pf. für 1 Zentner feinst.  
Brennholz billigst.  
**Michel-Brikett-Vertrieb**  
Neukölln,  
Knesebeckstr. 148.  
Telephone: 1610 u. 2133.

### Reichshallen-Theater.

**Stettiner Sänger.**  
Weihnachtsprogramm!  
Zum Schluss:  
**„Unser Oskar“**  
Anfang 8 Uhr.  
Freitag, 18. Dez.:  
Wohltätigkeits-  
Vorstellung zum  
Beiten einer  
Weihnachts-  
Bescherung.

**Gewerkschaftshaus.**  
Verband der Kupferschmiede  
Weihnachtsbescherung  
hält am Sonntag, den 20. Dezember, zwischen 3 u. 6 Uhr nachm. (einschl.)

für die Kinder der im Felde stehenden Männer ab. Während dieser Zeit konzertiert Direktor Blau mit seiner Kapelle. Zwischen 6 und 7 Uhr findet eine **Gratulationsfeier** ebenfalls für die Kinder statt. Die vier Gewinne sind: eine Gans, ein Hase, eine Ente und ein Fasan. Von 7 Uhr ab beginnt die **Abendfeier**. Es gelangt zur Aufführung: **„Die lustigen Kupferschmiede“**. Mitwirkende folgende: Herr Zaupe, Gesang: Herr Bischoff als **Altherrenvater**, **Gesellschaft** in der **Georgsstraße**. Eintritt gegen **Einnahme eines Programms für 10 Pf.** Hierzu wird freundschaftlich eingeladen.

**Sonnabend, den 19. Dezember:**  
**Metallarbeiter-Jugend — Lichtbildervorführungen,**  
u. a.: Die Entdeckung des Weinstocks von Hildesheim im Jahre 1413 und Kunstschätze von süddeutschen Städten. — Musikalische Vorträge und Regalationen, vorgelesen von der Jugend.  
Eintritt 7 Uhr. Beginn der Vorführungen 8 Uhr.

**Sonnabendabend**  
den 19. Dezember:  
**Konzert der**  
**„ursidelen Kesperloher“.**  
Ein großer Posten  
**Böhmischer Fasane**  
a Portion 70 Pf.  
**Mehr Posthuhn u. Vienenlompott**  
a Portion 70 Pf.  
**Bierländer Ente mit Rohlrei**  
a Portion 70 Pf.

**Sonntag, den 20. Dez.**  
Gedeck a 1 M.  
Hühnercluppe  
Krautbrühe mit Einlage  
Lachs mit Butter  
Kalbsbraten mit Rosenkohl  
Weißweinsbrust  
Böhmischer Fasan  
Hamburger Kalbssteak  
Rehraten  
Kompott oder Salat  
Speise oder Käse.

**Sonntagabend:**  
Große Posten **Rehe, Gänse,**  
**räuchernd und Dampfwild mit Grün-**  
**sohl a Portion 80 Pf.**  
Große Zubehöre von **Bierländer**  
**Enten, Gänzen, Futen und**  
**Fasanen mit Rohlrei a P. 80 Pf.**  
**Rastfäher und Zackschwaber**  
**Schweine a Portion 70 Pf.**

**Jeder Mann muß???**  
Zaunburger  
Rastfäher und Zackschwaber  
Schweine a Portion 70 Pf.

### Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse)

Derliche Verwaltung Berlin.  
Donnerstag, den 17. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerk-  
schaftshaus“, Engelstr. 15 (Saal 5):  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Abrechnung vom 2. und 3. Quartal.  
2. „Der Krieg und die Arrentanten.“  
Referent: Kamerad **F. Wellow.**  
Der Vorstand. 3. H.: **Rich. Schröder, Berlin O.,**  
Tilfiter Str. 7, v. IV.

### Spezialarzt

**Dr. med. Wockenfuß,**  
Friedrichstr. 125, (Oranienb. Tor),  
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —  
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage)  
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere  
schmerzlose Heilung ohne Berufs-  
störung. Teilzahlung.  
Spr. 11-2 u. 5-8, Sonn. 9-10.

**Weihnachtsbäume**  
50 u. 60 Pf. Schönhauser Allee 148,  
Puhlmanns Theatergarten. 0909

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Kohlen-  
leger

**Franz Wisniewski**  
gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute  
Donnerstag, den 17. Dezember,  
nachmittags 1 1/2 Uhr, von der  
Leichenhalle des städtischen Fried-  
hofs in Buch aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nach-  
richt, daß unser Mitglied, der  
Metallarbeiter

**Ernst Schröder**  
Eisenbahnstr. 33, gestorben ist.

Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 18. Dezember,  
nachmittags 3 Uhr, von der  
Leichenhalle des Emmaus-Fried-  
hofs in Neukölln, Hermann-  
straße, aus statt.  
Regie-Teilnahme wird erwartet.

**Nachruf.**  
Am 7. d. Mts. starb unser  
Mitglied, der Friseur

**Max Klingenberg**  
Friedrichstr. 232.  
Ehre ihrem Andenken!  
129/8 Die Erbsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, daß mein  
innig geliebter, unerschütterlicher  
und herzensguter Mann, Sohn,  
Bruder, Onkel und Schwager

**Paul Wilhelm**  
im 33. Lebensjahre den Heiden-  
tod am 1. Oktober in England  
gefunden hat.

Dies geht tiefbetäubt an  
**W. Anna Wilhelm.**  
Schlammme (samt in Feinsand,  
du trengeliebtes Herz!

**Deutscher Bauarbeiterverband.**  
Zweiberein Berlin.  
Bezirk O. I.  
Am 13. Dezember er. starb das  
Mitglied

**Robert Irrgang.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
17. d. Mts. von der Halle des  
Georgen-Friedhofes, Landsberger  
Allee, aus statt.  
Die örtliche Verwaltung.

**Reuters Werke**  
3 Bände 4 Mark  
Buchhandlung Vorwärts

### Freie Turnerschaft

Neukölln-Bezirk.  
Mitglied des Arbeiter-  
Turner-Bundes.

Am 18. Oktober fiel in den  
Kämpfen in Westpreußen unser  
lieber Turngenosse und Mitglied  
des Bezirks

**Walter Kemnitz**  
Reg.-Anl.-Reg. 206.  
Seine lebenswichtigen Charakter-  
züge sein Interesse für den Ver-  
ein werden ihm uns unvergeß-  
lich machen.  
Ehre seinem Andenken!  
185/3 Der Vorstand.

**Zentralverband der Steinarbeiter**  
Deutschlands.  
Zahlstelle Berlin.  
Am 14. d. Mts. starb unser Kollege,  
der Sandsteinschleifer

**Wilhelm Schulz**  
37 Jahre alt, an Lungenerkran-  
kung.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
nachmittags 3 Uhr, auf dem Gur-  
nison-Friedhof in der Müller-  
straße statt.  
Um rege Beteiligung erucht  
173/2 Die Ortsverwaltung.

Am 3. November fiel in Frank-  
reich unser einziger lieber Sohn,  
Bruder und Schwager

**Wilhelm Schure**  
Leib-Grenadier-Reg. Nr. 8  
im 23. Lebensjahre.  
Wer ihn gekannt, weiß unsern  
Schmerz,  
Tapfer zog er hinaus mit  
hoffendem Herz.  
Er war unsere Hoffnung und  
unser Glück,  
Aun kehrt er nimmer zu uns  
zurück.  
Die trauernde Familie  
**Albert Schure.**  
Güsterstraße, den 15. Dezem-  
ber 1914.

**Charlottenburger Liedertafel.**  
Bei den Kämpfen im Osten ist  
am 1. Oktober unser langjähriges  
Mitglied, der Sangesbruder

**Paul Wilhelm**  
gestorben.  
Wir werden ihm stets ein  
ehrendes Andenken bewahren.  
33/11 Der Vorstand.

## Warnung vor Ankauf

von Nachahmungen des echten Kapitän-Kautabak!

Jedes Stück (Rollen oder Bündel) wird nur verpackt  
und mit Aufdruck:

„Kapitän-Kautabak“, gefehlich geschützt,

geliefert. Verkaufsstellen, wo die kleinen Tabakdozen gratis zu haben  
sind, weist gern nach:

Carl Röder, Berlin, Grüner Weg 119 (Telephon: Nr. 2861).

253/5